Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6002. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Verlag u. Expedition: Halle. Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 57573

Nr. 231 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.50 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.— Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 15.—; monatlich 5.— Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Freitag, den 1. Oktober 1920 | Anzeigenpreis: Im achtgespalt. Anzeigenteil kostet der Millimeter 60 Pf., desgleichen im dreigespaltenen Textteil. Reklame 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang.

Angestellte vor die Front!

Kollegen! Kolleginnen!

Unter den furchtbaren Wirkungen des Weltkrieges sind die Massen der Angestellten aus einem Traumzustand patriarchalischer Wirtschaftsauffassungen zur tieferen Erkenntnis ihrer Klassenlage erwacht. Tausende unserer Berufsgenossen, die irregeleitet waren, wandten sich von den Harmonieverbänden ab und eilten in hellen Scharen den freien Gewerkschaften zu. Das gewaltige Erstarken unserer Afa-Bewegung ist der lebendige Ausdruck für den entschiedenen Willen der Kollegenschaft, die Angestelltenbewegung aus den Schranken engstirniger Berufs- und Standespolitik herauszuheben und sie zum wichtigen Faktor in den herangereiften großen

Entscheidungskämpfen zwischen Kapital und Arbeit

zu machen.

Eure Gewerkschaften werden der ihnen gestellten großen Aufgabe aber nur gerecht werden können, wenn die Angestellten in den Betrieben bereit sind, selbst an der Umgestaltung der heutigen rein privatkapitalistisch gerichteten Wirtschaft zu einer höheren sozialen Ordnung mitzuwirken. Es darf deshalb nicht genügen, gegenüber der wachsenden

Arbeitslosigkeit und Teuerung

Unterstützungen und Lohnerhöhungen zu fordern. So wichtig es auch sein muß, die Angestellten gegen die Not und das Elend, wie sie durch die Wirtschaftskrise hervorgerufen werden, zu schützen, so darf doch nicht vergessen werden, daß wir gleichzeitig gegen ein chronisches Uebel, nämlich gegen die kapitalistische Gewinnwirtschaft, anzukämpfen und die geistige Vorbereitung für ihre Ablösung in eine für und durch die Allgemeinheit betriebene Bedarfswirtschaft zu treffen haben. Der Weg aus dem heutigen kapitalistischen Chaos zum Sozialismus führt über die

Kontrolle der Produktion.

Die Betriebsräte, denen unsere Afa von Anfang an diese Aufgabe zugewiesen hatte, müssen in die Zusammenhänge der heutigen Warenerzeugung und Verteilung eindringen. Ihre Erfahrungen im einzelnen Betrieb bilden die Grundlage zum Meinungsaustausch in den Industriegruppen, um das gemeinschädliche Treiben weiter Unternehmerkreise mit Tatsachenmaterial belegen zu können. Es ist bezeichnend für den Grad der bereits eingetretenen Unternehmersabotage, daß jetzt sogar das Reichswirtschaftsministerium dazu übergehen muß, die Entscheidung über

die Stillegung von Betrieben

von der vorherigen Prüfung durch Sachverständigenausschüsse unter Hinzuziehung von Arbeitnehmervertretern abhängig zu machen.

Wenn diese Prüfung lediglich nach allgemein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen soll, dann wären aber in erster Linie die Betriebsräte und ihre in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften geschaffenen Industriegruppen die berufenen Entscheidungsstellen. Man soll der organisierten Arbeitnehmerschaft erst einmal die Möglichkeit geben, in die Geschäftsgeheimnisse, d. h. die Profitgeheimnisse, der kapitalistischen Betriebe hineinzuleuchten, um eine wahrhaft produktive Erwerbslosenfürsorge, d. h. die Erschließung von gesteigerter Arbeitsgelegenheit, zu schaffen. Der Einblick der Betriebsräte in die Produktion ist durch die verklausulierten Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und den organisierten Widerstand des Unternehmertums aufs äußerste erschwert. Es kann in jedem Falle nur erzielt werden, durch die

allseitige Mitwirkung der Angestellten.

Die scharf durchgeführte Arbeitsteilung macht es freilich auch den Angestellten schwer, den Ueberblick über die gesamten Geschäftsvorgänge zu gewinnen. Der Buchhalter, der Kalkulator, der Werkmeister, der Konstrukteur, der Expedient, der Verkäufer und all die übrigen Angestellten müssen sich indes bewußt sein, daß sie zwar vom Unternehmer zum mechanischen Teilarbeiter bestimmt sind, aber gleichzeitig als Kämpfer der gesamten aufstrebenden Arbeitnehmerschaft die Pflicht haben, aus ihrer täglichen beruflichen Kleinarbeit Material zu sammeln und Schlüsse zu ziehen.

Die Angestellten sind in der Lage, dem Betriebsrat Aufschlüsse über die Roh- und Hilfsstoffversorgung und über die Absatzverhältnisse zu geben. Der Betriebsrat wird seiner wirtschaftlichen Aufgabe nur gerecht werden können, wenn die Angestellten, die von den laufenden Abschlüssen und Verbindlichkeiten nähere Kenntnis haben, ihm beratend zur Seite stehen. Auch die einfachste Tätigkeit wird zur Erfassung der Geschäftszusammenhänge wichtig.

So gibt es keinen Angestellten, der nicht berufen wäre, an dem großen Werke mitzuwirken. Darum begreift

die historische Mission der Angestellten

und stellt Euch den Betriebsräten zur Verfügung. Wir verkennen nicht, daß das hier notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Angestellten und Arbeitern heute noch Störungen erfährt, weil ein Teil der Arbeiter über die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte einen von unserer Auffassung abweichenden Standpunkt einnimmt. Diese Organisationsfragen der Betriebsräte dürfen aber auf keinen Fall zur Trennung von Angestellten und Arbeitern in den Betrieben führen. Die

solidarische Aktionsfähigkeit der Angestellten und Arbeiter

steht über allen Organisationserwägungen.

Kollegen, Kolleginnen! Denkt über den Tag und Eure eigene Not hinaus, denkt daran, daß der Kapitalismus die Begabung des Kopfarbeiters stets nur gekauft hat, um damit eigennützigen Menschenhandel zu treiben. **Der Sozialismus allein sichert dem wirklich Begabten die führende Stelle im Wirtschaftsleben, er wird die Güter vermehren und verbessern.**

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.

Der Vorstand.
Aufhäuser. Urban.

Handelsfragen in Brüssel.

WTB. **Brüssel**, 30. Sept. (Von unserem besonderen Berichterstatter.) Der heutige Sitzungstag war der allgemeinen Besprechung der Frage der internationalen Handelsbeziehungen gewidmet. Hierbei hielt einer der Vizepräsidenten der Konferenz, der belgische Handelsminister de Lauters, die einleitende Rede. Er stellte die wirtschaftlich starken Kontingente, wozu er Amerika und Asien zählt, dem wirtschaftlich geschwächten Kontingent Europa gegenüber. Die Wirkungen des Krieges und die noch anhaltenden staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben gäben dem internationalen Handel eine ganze neue Richtung. Es unterliege keinem Zweifel, daß der internationale Handel hierbei durch die industriell starken und damit führenden Staaten beeinflußt würde. Als wichtigste Voraussetzung für die Wiederaufrichtung des internationalen Handels bezeichnete er die Freiheit in der Wirtschaft. Alle einschränkenden Maßnahmen müßten abgebaut werden. Die anschließende Aussprache brachte keine wesentlich neuen Gedanken zum Ausdruck. Ein Vertreter Italiens betonte das Recht aller Staaten auf Rohstoffe. Ein spanischer Delegierter sprach sich für die Erleichterung der Paß- und sonstigen Grenzvorschriften aus. Bemerkenswert ist noch, daß der japanische Vertreter bemüht war, die von dem belgischen Handelsminister angedeutete günstige Wirtschaftsverfassung seines Landes hervorzuheben. Auch für die Frage des internationalen Kredits wurde eine besondere Kommission gebildet, welche [illegible] Einzelheiten noch zu beraten hat; ihr gehört von [illegible] Seite Bankdirektor Urbig an.

Finanzkommission in der ganzen Welt.

[illegible], 30. Sept. Den Mitgliedern der Finanzkonferenz [illegible] vertraulich das französische Finanzexposé zugestellt worden. Das Exposé stelle in Rechnung, daß weite Gebiete Frankreichs gelitten hätten und daß sich daraus eine Verminderung der sofortigen Hilfsquellen ergäbe und Ausgaben gemacht werden müßten, um die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Dieser Wiederaufbau sei von grundlegender Bedeutung für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa.

Paris, 30. Sept. „Havas" meldet aus Brüssel, es sei möglich, daß die Konferenz noch wenigstens sieben Tage brauchen würde, um ihre Arbeiten zu vollenden. Noch zwei wichtige Probleme seien zu prüfen, die Frage des internationalen Handels und des internationalen Kredits.

Der Bergarbeiterstreik in England unvermeidlich.

Amsterdam, 30. Sept. „Telegraaf" meldet aus London: Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Hodges, hat bekanntgegeben, daß die Vertreter der Bergarbeiter Lloyd George mitgeteilt hätten, die Besprechung mit den Bergwerksbesitzern über eine Lösung der Frage der Lohnstreitigkeiten hätte kein Ergebnis gehabt. Lloyd George drückte sein Bedauern darüber aus und drang auf eine neue Zusammenkunft mit den Bergwerksbesitzern. Die Vertreter der Bergarbeiter antworteten, daß eine weitere Zusammenkunft mit den Bergwerksbesitzern keinen Nutzen haben könne und daß sie morgen auf der Delegiertenkonferenz ihr Urteil zum Ausdruck bringen würden. Wie das Blatt weiterhin meldet, sei der Streik unvermeidlich, wenn die Regierung nicht schnell eingreife. Vor allem die Bergarbeiter von Süd-Wales verlangen hartnäckig **sofortige Bewilligung der geforderten Lohnerhöhung**

Ein Kampf in Ruinen.

Die U. S. P. wollte nach Halle gehen, um sich zum Sterben zu legen. Dort sollte auf einem letzten Parteitag eine noch einigermaßen geordnete Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten und den Resten der „alten" — vier Jahre alten — Partei versucht werden. Heute spricht ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit dafür, daß es zu diesem Parteitag überhaupt nicht mehr kommen wird oder daß er nur noch möglich sein wird, als ein wirres Durcheinander, das schon am ersten Tag mit gewaltsamer Sprengung endet. Die Toten reiten zu schnell!

Der U. S. P. widerfährt heute dasselbe Schicksal, das sie jetzt vor vier Jahren der Sozialdemokratischen Partei zu bereiten versucht hat. Aber zwischen damals und heute besteht doch ein gewaltiger Unterschied. Damals traf der Spaltungsstreich eine alte, in eiserner Disziplin gefestigte Partei und er ging nur durch die Rinde, nicht durchs Mark. Vier Jahre nach der Spaltung steht die alte Partei wieder da mit einem lückenloseren Organisationsnetz, einer besser ausgebauten Presse als vor dem Kriege. Der Vorstandsbericht an dem Parteitag von Kassel weist genau denselben Mitgliederbestand auf, über den die Partei bei Kriegsausbruch verfügte, nämlich 1 180 000. Genosse Hermann Müller hat aber in seiner letzten Kölner Rede verraten, daß auch diese Ziffer schon weit überschritten ist und daß die Partei heute über die weitaus stärkste Mitgliederzahl verfügt, die sie jemals besessen hat.

Die U. S. P. ist im Gegensatz dazu ein noch ganz junges und weiches Gebilde. Ihre Organisation stand vielfach nur auf dem Papier, da Beitragzahlen bei den Mitgliedern ganzer Bezirke wenig beliebt war. Die Mitglieder, von einem kleinen Führerstamm abgesehen, sind gänzlich unerfahren in der Arbeiterbewegung ohne ernste sozialistische Schulung. Und so erklärt es sich auch, daß die Spaltung nicht blos abspaltend, sondern direkt zertrümmernd wirkt. Nach vorsichtigen Schätzungen ist anzunehmen, daß zwei Drittel der Partei in einem Rausch des Augenblicks den Abmarsch nach Moskau vollziehen werden, daß aus dem verbleibenden schwachen Drittel noch eine lebenskräftige Partei gebildet werden könne, dieser Illusion werden sich die auf Trümmern zurückgebliebenen Führer kaum noch hingeben.

Diese Führer suchen heute zu retten, was noch zu retten ist. Der Kampf geht um Organisationsteile, um Stellungen, um Kassen und sonstige Vermögensobjekte. Darüber wird es sehr schwierige Auseinandersetzungen geben, hoffentlich wird wenigstens der Welt das groteske Schauspiel erspart bleiben, daß Kommunisten und Halbkommunisten miteinander um das bisherige gemeinsame Eigentum einen Kampf mit den Fäusten ausfechten.

Den Hauptgegenstand der Vermögensauseinandersetzungen wird die bestehende Parteipresse bilden. Die Redaktionen haben sich fast überall gegen Moskau erklärt, finden sich aber von ihren Parteigenossenschaften an vielen Orten verlassen. So ist das z. B. auch in Berlin der Fall. Ein Distrikt nach dem andern erklärt sich für die Annahme der Moskauer Bedingungen. Aus dem Bericht über die Generalversammlung des Kreises Teltow-Beeskow erfährt man, daß der Redaktion der „Freiheit" von der Preßkommission ein Mißtrauensvotum erteilt worden ist, daß sich aber die Redaktion geweigert habe, die Konsequenzen daraus zu ziehen und zurückzutreten. Die Sache ist nun an die Berliner Distrikte verwiesen worden. Die Entscheidung der Distrikte ist aber unzweifelhaft: so daß die Lebensdauer der gegenwärtigen Redaktion (Hilferding, Prager, Herz, Breitscheid) nur noch nach Tagen zählen dürfte. Aehnliche Erscheinungen werden an anderen Orten nicht ausbleiben. Die U. S. P. wird auf diese Weise ihr Parteieigentum an die Kommunisten übergehen sehen, die mit ihm nichts anfangen können. Denn wenn die unabhängige Presse schon bisher journalistisch äußerst dürftig war, so sind die Kommunisten erst recht nicht imstande, zwei oder drei Dutzend Zeitungsredaktionen mit Leuten zu besetzen, die vom Zeitungshandwerk eine Ahnung haben, ja, die auch nur richtig schreiben können. Die Kommunisten können das Eigentum der U. S. P. nur übernehmen, um es in kürzester Zeit vollständig herunterzuwirtschaften.

Ueberhaupt soll man nicht glauben, daß in diesem Kampf um die Trümmer die K. P. D. genau soviel gewinnt, wie die U. S. P. verliert. Was sie gewinnt, wird ihr zum größten Teil in der Hand zerrinnen. Wenn jetzt Zehntausende von Arbeitern, die bisher ein U. S. P.-Mitgliedsbuch in der Tasche hatten, es mit einem K. P. D.-Mitgliedsbuch vertauschen, so muß die Frage aufgeworfen werden, warum diese Arbeiter nicht gleich zur K. P. D. gingen. Gewiß doch darum, weil sie gegen die Annahme kommunistischer Grundsätze Bedenken trugen, weil sie glaubten als Mitglieder der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei" immer noch Sozialdemokraten zu sein. Die Treiber bei dem Uebergang zur K. P. D. sind auch gar nicht die Massen der Parteianhänger selbst, sondern die sogenannten „Unteroffiziere", die zu lange im Schatten gestanden haben und nun die Zeit für sich gekommen wähnen. Die Kommunisten haben sich bisher auch vollständig unfähig gezeigt, wirkliche Arbeiterorganisationen aufzubauen. Darum ist es sehr unwahrscheinlich, daß der Untergang der U. S. P. zur Entstehung einer kommunistischen Massenpartei führen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201001-18/fragment/page=0001

Die Sozialdemokratische Partei hat die U. S. P. überlebt, sie wird auch die K. P. D. überleben, und auch die K. A. P. D. und die Arbeiter-Union und wie sie alle heißen. Das sind Gährungserscheinungen des Augenblicks, die aufschwellen und zerplatzen. Die Sozialdemokratische Partei hat die Krisis, die durch die Abspaltung der U. S. P. vor vier Jahren entstand, glänzend überstanden, von den Kämpfen, die außerhalb ihrer Mauern stattfinden, wird sie kaum berührt. Draußen ist freilich nur noch ein Trümmerfeld, auf dem der Kampf Mann gegen Mann tobt. Aber die Arbeiterbewegung wird dennoch nicht zugrunde gehen, denn die alte sozialdemokratische Partei lebt und wächst.

Preußische Landesversammlung.

Kleine Vorlagen.

Eine Fülle kleiner Vorlagen beherrscht die heutige Tagesordnung. Aber wie oft in solchen Fällen ist gerade dann die Redeflut am ausgiebigsten.

Als erster protestiert Genosse Brescour mit Recht gegen die Ungerechtigkeit, daß ausgerechnet bei den Gemeindewahlen in Helgoland eine fünfjährige Aufenthaltsdauer notwendig sei. Aber seit dem Ausnahmegesetz gegen Groß-Berlin gewöhnt man sich an kommende Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterschaft und man wundert sich darum nicht, daß dieses Gesetz angenommen wird.

Größeres Interesse nimmt dann der Gesetzentwurf betreffend das Hebammengesetz in Anspruch, der zum ersten Male den Versuch einer Verstaatlichung der Geburtsfürsorge unternimmt. Daß die Bürgerlichen hinter tausend Bedenken ihre grundsätzliche Animosität gegen das Gesetz verbergen, ist klar. Mit der Unterstützung der Demokraten gelingt es aber doch den sozialistischen Antrag der Ueberweisung an den Bevölkerungsausschuß durchzubringen.

Interessante Details der kapitalistischen planlosen Wirtschaft ergibt dann die Debatte über den unabhängigen Antrag über den Abbruch von Ziegeleien. Zahlreiche beglaubigte Fälle werden vorgetragen, in denen Kapitalisten die Betriebe stillgelegt haben und statt die so bitter notwendigen Ziegelsteine zu produzieren die Produktionsmittel zu Wucherpreisen an das Ausland verkauft haben. Es ist immer das alte Lied, jeder Mensch in Deutschland, der offene Augen hat, müßte es allmählich sehen, aber immer wieder verstehen es die Kapitalisten den Blick von solchen Erscheinungen abzulenken und unter Zuhilfenahme der dunkelsten Instinkte gegen das Sturm zu laufen, was allein helfen kann, gegen den Sozialismus.

Neuwahlen Mitte Februar.

Entschluß des Aeltestenrates der Landesversammlung.

In der Preußischen Landesversammlung fand heute die entscheidende Sitzung des Aeltestenrates statt über die Dauer der Landesversammlung. Dazu lagen sowohl von den Fraktionen als auch von den Parteien eine Anzahl Wünsche vor. Die Regierung legt Wert auf die Verabschiedung folgender Gesetze durch die Verfassunggebende Landesversammlung: Ueberführung der standesherrlichen Bergreale an den Staat, Diensteinkommengesetz für Lehrer und Lehrerinnen und für Fortbildungsschullehrer, Besoldungsordnung, Ueberalterungsgesetz, Kirchenaustrittsgesetz, Mittellandkanal, Landessteuergesetz und auf die Verabschiedung des Haushalts. Die Fraktionen waren sich darüber einig, daß die Verfassung und das Wahlgesetz erledigt werden müssen. Die Mehrheit wünscht auch die damit zusammenhängenden Gesetze verabschiedet zu sehen. U. a. der Wahlgesetze für die Provinziallandtage und Kreistage und für den Staatsrat.

Die Deutschnationalen forderten als Wahltermin den 18. Dezember. Der Antrag wurde gegen die drei Mehrheitsparteien abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag der Demokraten, nach dem die Neuwahl drei Monate nach Verabschiedung der Verfassung stattfinden soll. Als wahrscheinlich wurde angenommen, daß die Verfassung im November verabschiedet werden wird und daß Neuwahlen also bestimmt Mitte Februar stattfinden. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß für die Abstimmungsgebiete gleichmäßig die Wahlen für den Reichstag stattfinden. Die Demokraten beantragten gleichzeitig Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen, drangen damit aber nicht durch.

Im Verlauf der Verhandlungen betonte das Zentrum, daß gegenwärtig im Ruhrrevier Wahlen unerwünscht sind. Dort seien alle Kräfte in der Produktion angespannt und die Wahlen könnten dort nur störend wirken. Die Deutschnationalen erklärten sich wohl zur Verabschiedung der Besoldungsvorlage bereit, verlangten aber, daß die Deckungsvorlage nicht mehr eingebracht wird. Die beiden Parteien der Rechten erklärten sich auch gegen die Verabschiedung des Landwirtschaftskammergesetzes. Die bürgerlichen Parteien legten Wert auf die Verabschiedung der Novelle über Groß-Berlin. Die Vorlage kommt am Mittwoch auf die Tagesordnung der Vollversammlung.

Aus dem Reichsrat.

Der Reichsrat setzte in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag seine Tätigkeit rücksichtslos die Zwangswirtschaft abzubauen fort. Diesmal war der Rübenbau und die Melasse dran. Der Rübenpreis soll 20,00 Mark, der Rohzuckerpreis 210,00 Mark für den Zentner betragen. Wenn man diese Preise zu Grunde legt — daß sie innegehalten werden ist höchst unwahrscheinlich — kann man auf einen Zuckerpreis von 3,60 Mark das Pfund im Kleinhandel rechnen.

Der Reichstag genehmigte ferner eine Verordnung über Aenderung der Postordnung dahingehend, daß die höchste Wertgrenze für Nachnahmepakete von 1000,00 Mark auf 5000,00 Mark erhöht wird. Die Regierung hatte nur 3000,00 Mark vorgeschlagen, die Ausschüsse des Reichsrats aber haben diese Summe noch erhöht. Die Aenderung gilt nur für den Ortsbestellbezirk, nicht aber für den Landbestellbezirk und zwar aus Sicherheitsgründen.

Mit Speck fängt man Mäuse.

Güstrow, 30. Sept. Wie die „Mecklenburgische Tageszeitung" meldet, erklärten die von der Arbeitsgemeinschaft Mecklenburg nach Güstrow eingeladenen und in großer Zahl erschienenen mecklenburgischen Landwirte sich einstimmig bereit, um die wirtschaftliche Notlage ihrer Volksgenossen in den mecklenburgischen Gemeinden nach Kräften zu erleichtern, diesen eine Million Zentner Kartoffeln zum Preise von 19,00 Mark zur Verfügung stellen zu wollen.

Weimar, 30. Sept. Der Vorstand des thüringischen Landbundes empfiehlt seinen Mitgliedern und den übrigen thüringischen Landwirten, für auf Kartoffellieferungsverträge zu liefernde und für Freikartoffeln im Herbst 1920 keinen höheren Preis als 20,00 Mark für den Zentner Kartoffeln ab Hof des Erzeugers zu nehmen und für Anfuhrkosten nicht mehr als 20 Pfennig für den Kilometer und Zentner zu berechnen.

Vergebliche Liebesmüh'.

Löbe über die Mißwirtschaft.

In einer stark besuchten Versammlung in Kiel hielt der Reichstagspräsident Gen. Löbe eine große Rede zum Thema: Deutschlands Lage und die Stellung der Sozialdemokratie. Aus seinen Darlegungen teilt die „Dena" folgenges mit:

Ich bin nicht so ungerecht, allzuviel von der Arbeit dreier Monate zu verlangen, aber ich frage doch, was für Anläufe zur Besserung die neue Regierung unternommen hat. Und da muß man feststellen, daß sie nichts getan hat, ja, noch nicht einmal die Rückschläge hat sie verhindern können. Da ist zunächst die Erwerbslosenfürsorge. Die Zahl der Erwerbslosen ist wieder ganz erheblich gestiegen. Ich beschuldige das bürgerliche Kabinett nicht, daß es die Schuld daran trägt, aber die Stellegung größerer wirtschaftlicher Unternehmungen ist erst jetzt unter der neuen Regierung erfolgt. Wir haben eine Verordnung verlangt, daß die Stillegung von Betrieben mindestens sechs Wochen vorher mitgeteilt werden muß, um Mittel und Wege zu suchen, sie zu verhindern; wir haben aber damit keinen Erfolg gehabt.

Sehen wir weiter die Entwicklung des deutschen Geldes an. Dem Fleiß der deutschen Arbeiter war es gelungen, den Wert der Mark wieder zu heben. Seit Juni aber erleben wir wieder den Rückgang, der erst jetzt zum Stillstand gekommen zu sein scheint. Der Ruf nach einem neuen Finanzminister scheint kein Mittel zur Hebung des Notstandes gewesen zu sein, nur die Notenpresse läuft noch schneller als vorher. Die Regierung unternahm ein sehr gewagtes Experiment, nämlich die Aufhebung der Zwangswirtschaft. Gewiß war sie schon durchlöchert, aber die Erfahrungen, die z. B. Baden mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft mit Fleisch gemacht hat, hätte doch ein warnendes Beispiel sein sollen. Wenn immer wieder der Hilfeschrei nach einem Wiedereintritt der Sozialdemokraten in die Regierung ertönt, so scheint mir dieser einem bösen Gewissen zu entstammen.

Zur Außenpolitik ist festzustellen, daß die neue Regierung ihren Weg nach Spa gegangen ist, sie hat ihn nicht verhindern können. Tiefer noch hat sie sich beugen müssen in der Kohlenfrage, der Entwaffnungsfrage, der Frage der Auslieferung der Kriegsverbrecher. Die Uebergriffe in Oberschlesien sind ein weiterer Beweis für die Ohnmacht der Regierung. Wir wollen ihr keine Schuld vorwerfen, sondern ihr nur sagen, ihr habt es nicht verhindern können, ihr, die ihr uns immer den Vorwurf der Schwäche gemacht habt. Nicht Kaiserkreuz, nicht Monarchie können uns aus dem Elend herausführen, in das wir hineingeraten sind, aber auch die Mittel der äußersten Linken verwerfen wir ganz entschieden. Sie sind für die Arbeiterschaft doch höchst bedenklich und können ihr verhängnisvoll werden.

Inland.

Die neue Funkstelle in Nauen.

Bei der gestrigen Einweihung der Großfunkstelle in Nauen teilte Ministerialdirektor Dr. Bredow mit, daß als erste Meldung der nachstehende Funkspruch des Reichspräsidenten „An Alle" in die Welt hinausgehe.

An Alle! Die offizielle Einweihung der unter dem Aufnahmen „Poz" seit Jahren in der Welt bekannten Großfunkstelle Nauen ist soeben in meinem Beisein erfolgt. Ich beglückwünsche die deutsche Industrie, die dies Meisterwerk der Radio-Technik geschaffen hat, zu ihrer hervorragenden Leistung und gebe gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, daß für Deutschland dieser Tag ein Markstein in der weiteren Entwicklung seiner Uebersee-Verbindungen sein möge, ebenso, wie ich darauf vertraue, daß Nauen am Wiederaufbau des Deutschen Reiches und seines Ueberseehandels in hervorragendem Maße mitwirken wird.

Reichspräsident.

Noch während des Frühstücks, das den Schluß der glänzend verlaufenden Veranstaltung bildete, konnte eine Reihe von Gegengrüßen verlesen werden, so aus Danzig, Kopenhagen, Stockholm (von der schwedischen Marineverwaltung) Helsingfors, dem Haag, Deutsch-Altenburg, Budapest, Rom, Cartagena, New York, (von dem Präsidenten der Radio-Corporation Edward J. Nalln), Rio de Janeiro, Santiago de Chile, Bandoeng (Java), Schanghai und Peking. Der mit stürmischem Beifall aufgenommene Gruß aus Peking lautete in deutscher Uebersetzung:

„Uebersende meinen Glückwunsch zur Einweihung der Riesenstation Nauen, die einen Sieg der Wissenschaft und der Beharrlichkeit darstellt. Generaldirektor der Post und des Telegraphen."

Die Rechnung für Scapa Flow.

Das Reichsschwimmdock VII mit seiner Größe von 40 000 Tonnen, ein Wahrzeichen des Kieler Hafens, ist am Montag von sechs englischen Schleppdampfern nach England abtransportiert worden. Auch das zweite, neben der Germaniawerft liegende Reichsschwimmdock steht unmittelbar vor seiner Auslieferung, und zwar wird es in den Besitz der Franzosen übergehen. Zum Abtransport haben die Franzosen 2 holländische Schlepper gechartert, die bereits auf der Kieler Rede eingetroffen sind und das Dock in den nächsten Tagen nach Nouen abschleppen sollen.

Ein Appell der Pazifisten.

Braunschweig, 30. Sept. Auf dem hier tagenden Pazifistenkongreß einigte man sich auf die von Herrn von Gerlach eingebrachte Entschließung, die besagt, daß die deutsche Friedensgesellschaft es für ihre Pflicht hält, sich mit allen Mitteln jedem Versuch der Einführung der Wehrpflicht in irgend einer Form zu widersetzen. Sie appelliert an die Pazifisten aller Länder, auch bei ihnen auf die Abschaffung der Wehrpflicht zu dringen. Ferner wurde ein von Herrn von Gerlach begründeter Antrag mit großer Mehrheit angenommen, der den Professor Friedrich Wilhelm Förster als Kandidaten für die Wahl des Reichspräsidenten empfiehlt.

Falsche Meldung über Oberschlesien.

Berlin, 30. Sept. Gegenüber einer Meldung des Pariser „Journal" aus Beuthen, daß im Bezirk Lublinitz mit Revolvern und Handgranaten bewaffnete Deutsche von dem

Butu Simba's Mission in Europa.

Eine Negergeschichte von H. Thurow.

35. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Als der Pächter hinzukam, wurde Butu unter Beobachtung gewisser Vorsichtsmaßregeln aus seinem Gewahrsam hervorgeholt. Man zog ihn zu einigen groben Arbeiten heran. Aus einem Stall war der Dünger fortzuschaffen, auf der Tenne, noch ein Fuder Heu abzuladen. Butu, der schon mit allerlei Gerät umzugehen gelernt hatte, griff derb und nicht ungeschickt zu.

Einige Tage lang bildete er die Sensation des Hofes, dann verloren die Kinder vor ihm das Gruseln. Wenn er mit der Mistgabel oder einer Schaufel herumhantierte, umstand ihn zur Gesellschaft das Jungvolk — die Größeren mit kühnem Kennerblick, seine Arbeit kontrollierend und ihm Ratschläge erteilend, die Kleinen mit einem Finger im Mund und ein wenig zittrig auf den schwankenden, stets zur Flucht bereiten Beinchen.

Auch zu den Frauen kam er bald in ein erträgliches Verhältnis. Zunächst gingen sie ihm freilich aus dem Wege und taten scheu und betreten, wie sich das einem solchen Barbaren gegenüber geziemte. Bald aber streiften sie das furchtsame Getue ab. Als Gefangener hatte er wohl einigen Anspruch auf Beachtung. Auch die Tatsache, daß ihm ein Ohr fehlte, entzündete in den Herzen ein Fünkklein von Mitgefühl. Die Frau Pächter sagte, man solle ihm nur recht zu essen geben, damit er den Kleinen und dem Vieh nichts zuleide tue. Am meisten aber kam ihm die Tagelöhnerin Resi entgegen, eine brav-derbe, doch etwas geistesstirre Person, der alles Männliche ohnehin stark imponierte.

Resi war die Schwester des kleinen Knechts, der beim Anblick Butus in Gesellschaft der beiden Knaben spornstreichs davongelaufen war. Das Schicksal hatte die beiden schon in ihrer Jugend auf den Klosterhof verschlagen. Auch Resis geistige Verfassung war mangelhaft; aber im Gegensatz zu ihrem Bruder, der sich vor seinem eigenen Schatten fürchtete, war sie eine so wenig verschüchterte Person, daß sie zur moralischen Betrübnis der ganzen Klostergemeinschaft Mutter zweier Kinder geworden war, für die sich keine Väter auftreiben ließen. Diese Sprossen aber waren die beiden Buben, die mit ihrem Onkel den Schwarzen als Pflüger entdeckt hatten.

Wenn sie am Brunnen oder im Garten herumwirtschaftete, kam sie Butu mit ihren Zudern oder ihren Waschleinen ins Gehege, schalt oder schäkerte mit ihm, und wenn er floh, heftete sie sich ihm an anderer Stelle wieder an die Fersen. Natürlich blieb ihr Gehaben nicht lange unbeachtet. Unter den Tagelöhnern befand sich ein Spaßvogel, der sie in ihrem Gebahren bestärkte, indem er ihr zu verstehen gab, daß der Schwarze ein König sei, der sehr froh wäre, eine weiße Frau zu bekommen. Und schließlich sei ein solcher Mensch nicht schlechter als ein anderer.

Resi wendete sich dann mit einem breiten, geringschätzigen Lächeln ab, als ob sie sagen wollte: Geh mir weg mit deinem Geschwafel! Und sie rührte mächtig mit den Armen im Brunnentrog herum, daß das Wasser in wallende Bewegung geriet; aber wenn es sich beruhigte, ward auch sie wieder ruhig: vergaß sich, spiegelte ihr Gesicht in der klaren Flut und fand, daß sie eigentlich nicht übel sei, und daß wohl noch einer kommen würde, um sie zu heiraten.

Butu bemühte sich, ihren Neckereien gegenüber sichtlich ein würdevolles Benehmen zu bewahren. Wenn sie ihn aber mit Wasser bespritzte, kam auch über ihn der Uebermut, und als sie ihm ein paar wirkliche Freundschaftsdienste leistete, ihm einen zerschundenen Finger verband, ihm das einzige Hemd wusch, das er besaß, wurde er zutraulicher und ließ sich auf ihre Narrheiten ein. — —

Die Dinge gerieten so weit, daß eines Tages Resis Büblein ein bedeutungsvolles Gespräch miteinander führten. Sie standen hinter der Scheune, und der jüngere fragte den älteren:

„Du, soll der schwarz' Mann unser Vadder werde?"

Der andere stand betreten da und sagte nach tiefem Nachdenken: „Warum?"

„He," erklärte der Kleine, „der Schorri hat doch Mutta und ihn in der Häckselkammer gesehen!"

Worauf aber der Größere mit vorwurfsvoller Entschiedenheit erwiderte:

„Ist nicht wahr! Mutta ist ja garnicht mit ihm in der Häckselkammer g'we'n!"

Dem Kleinen erblühte ein Lächeln der Zufriedenheit auf dem ganzen Gesicht. Wie von einem Alp befreit trollte er davon.

Aber auch der Prior vernahm etwas von dem unschicklichen Betragen Resis, das sich mit dem guten Ruf der Klostergemeinde nicht vereinigen ließ. Uebrigens hatte auch die Landesbehörde strenge Weisungen gegen den Verkehr deutscher Frauen mit Gefangenen ergehen lassen. Das Haupt der Mönche kam also herüber, um die Pächtersfrau auf den Sachverhalt aufmerksam zu machen und sich ein wenig um den Neger zu kümmern.

Der Augenschein überzeugte ihn, daß die Sache nicht einfach ihren Lauf nehmen dürfte. Resi, die er ins Gebet nahm, gab ihm zwar die heiligsten Versprechen — aber er hatte Grund, an ihrer Standhaftigkeit zu zweifeln. Sein gesunder und findiger Sinn ließ ihn jedoch einen ungeheuer einfachen Ausweg finden. Die Beherbergung Butus in der Häckselkammer war vom Uebel. Die Dunkelheit gebiert das Böse und die Miasmen der sündigen Lust entsteigen ihrem Schoß. Am besten war es, er ließ den Mann als Nachtahl einen Raum im Klostergebäude anweisen — wenn es nicht anders ging, in einer Mönchszelle, deren einige seit Ausbruch des Krieges leer standen.

Noch am gleichen Abend wurde Butu umquartiert, eine Maßregel, die auch sonst den Wünschen des Priors entsprach.

Der Schwarze, dieser Vollblutheide, war auch für ihn und die Brüderschaft ein Gegenstand des Interesses. Sein religiöser Tiefsinn gab ihnen zu denken und zu planen. Und Butu ahnte schon, worauf die ihm zuteil werdende Fürsorge der neuen Freunde hinausließ. Er hatte die Männer in den langen, braunen Kämsen beobachtet, wie sie frühmorgens mit ihren schwarzen Büchlein gravitätisch einherschritten oder auf Bänken saßen und den Inhalt der Zauberbücher in sich hineinmurmelten. Und er wunderte sich über den Eifer, mit dem man ihn allerorten zu bekehren versuchte.

Einige Wochen gingen so dahin. Tagsüber arbeitete er beim Pächter, besorgte das Vieh, half beim Abladen des Getreides; abends aber genoß er des belehrenden Umgangs einiger Mönche. Sie nahmen ihn in die Kur wie einst Pater Clement in Frankreich. Er ließ ihre Sprüchlein und Zeichen über sich ergehen und sah sie, soweit die Bekehrung sich um die Mysterien der zeitlosen Dinge drehte, mit seinen großen Augen unsicher an. Wenn aber die Auslegung ins „Irdische" überging und der verborgene Sinn der Grundlehren in praktischen Schlußfolgerungen gewissermaßen durchsichtig wurde, kam es vor, daß er boshaft auf die Seite sah oder abwehrend das mächtige Haupt schüttelte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201001-18/fragment/page=0002

französischen garnisonälteste Offizier den Abzug der französischen Garnison gefordert hätten und daß der französische Offizier die Abordnung verhaftet, aber unter dem Druck der Menge wieder freigelassen hätte, haben die von deutscher Seite angestellten Nachforschungen ergeben, daß an der ganzen Meldung nicht ein wahres Wort ist.

Lohnbewegung in der Badischen Soda- und Anilinfabrik.

Mannheim, 30. September. In einer gestern nachmittag zu Mannheim abgehaltenen von etwa 10 000 Arbeitern besuchten Betriebsversammlung der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen wurde eine Entschließung angenommen, wonach die Arbeiterschaft wie bisher darauf besteht, daß die 20 prozentige Lohnerhöhung, die 48 stündige Arbeitswoche und die sonstigen Bedingungen bewilligt werden. Die Gewerkschaftsleitung und der Betriebsrat wurden beauftragt, diese Forderungen nachdrücklichst zu vertreten. Mit der Annahme dieser Entschließung haben die Arbeiter die in den gegenseitigen Verhandlungen von den Arbeitgebern gemachten Angebote abgelehnt.

Ausland.

Rußland gibt nach.

Paris, 30. Sept. Havas berichtet aus Warschau: Nach Auskunft an glaubwürdiger Stelle soll Joffe aus Moskau Instruktion erhalten haben, alle von Polen gestellten Bedingungen, so hart sie auch seien, anzunehmen, jedoch mit der Ausnahme, daß Sowjet-Rußland von Polen verpflichtet werden soll, die gänzliche oder teilweise Entwaffnung der roten Armee durchzuführen.

Die Forderungen der englischen Finanzkapitalisten.

London, 30. Sept. „Times" melden, daß die führenden Londoner Bankiers und Finanzleute an Lloyd George schriftlich das dringende Ersuchen gerichtet haben, die Anerkennung aller russischen Schulden zur unerläßlichen Bedingung für die Wiederaufnahme des Handels mit Rußland zu machen.

Internierung des Bischofs von Minsk.

Wie die „P. P. N." aus unterrichteten Kreisen erfahren, erhielt die Polnische Friedensdelegation in Riga die Nachricht, daß der Bischof von Minsk von den Bolschewisten in einem Kloster interniert worden sei, weil er während der Minsker Friedensverhandlungen Beziehungen zur Polnischen Delegation gehabt haben soll.

Die Anträge zum Parteitag.

Eine Unmenge Parteivereine haben unzählige Anträge zum Parteitag gestellt. Ihre Veröffentlichung im „Vorwärts" umfaßt mehr denn 5 Seiten. Viele decken sich im Inhalt, wenn nicht in der Form miteinander. Die allermeisten werden nur eine summarische Behandlung auf dem Parteitage erfahren können. Aber einige sind darunter, die eine eingehende Würdigung erhalten müssen, die es fernerhin auch wert sind, bei der Besprechung des kommenden Parteitages in der Mitgliederversammlung am nächsten Montag erörtert zu werden. Mit der

Tagesordnung

des Parteitages befassen sich elf Anträge.

Groß-Berlin beantragt auf die Tagesordnung zu setzen: „Ernährungsfrage". Ein kundiger Referent ist zu bestellen.

Dem schließen sich an Hamburg und München.

Dresden-Land beantragt: „Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik" ist als besonderer Beratungspunkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Den gleichen Antrag stellen Chemnitz, Vorhalle und Niederpechöbel.

Die Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Sozialisierung des Baugewerbes auf dem Parteitag zu erörtern beantragt der Unterbezirk Ostsachsen. Die „gegenwärtige Rechtsprechung" wünschen Glatz, Habelschwerdt und Rückers auf der Tagesordnung zu sehen und die „Agrar- und Siedlungsfrage" Rendsburg. Zum

Bericht des Parteivorstandes

sind 28 Anträge gestellt. Die bedeutungsvollsten davon sind:

Hamburg. Der Parteitag empfindet es als zwingende Notwendigkeit, daß die Parteipresse ihrer Mission im Klassenkampf der Arbeiterschaft mehr gerecht werden muß. Die mehr als notwendig hervortretende Behandlung und Glossierung tagespolitischer Ereignisse und die dadurch bewirkte Zurücksetzung grundsätzlicher Aufklärung in populärer Weise dürfen nicht weiterhin das Wesen unserer Presse sein. Bei der ungeheuren Bedeutung der Presse und in Berücksichtigung der sich steigernden Uebernahme der bürgerlichen Presse durch das Großkapital liegt eine gewaltige Aufgabe auf der Arbeiterpresse.

Hier gilt es, noch durchgreifende Aenderungen herbeizuführen. Der Parteitag muß in dieser Frage in erster Weise seinen Willen betunden.

Bremerhaven. Es wird verlangt, daß die Sozialdemokratie in keine Koalitionsregierung eintritt, die unter Einschluß der Deutschen Volkspartei gebildet wird. Eine Beteiligung an der augenblicklichen Reichsregierung darf deshalb für die Sozialdemokratie nicht in Frage kommen.

Dresden-Land. Die gesparnte Wirtschaftslage bedingt auf das Dringlichste den Abbau der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. In der Erwägung, daß die Verwaltungskörperschaften, die mit der Verwaltung der unter Zwangswirtschaft stehenden Lebensmittel und Bedarfsartikel beauftragt sind, durch unzweckmäßige Organisation eine unberechtigte Verteuerung und Verschlechterung der Waren mit sich bringen, wird der Parteitag ersucht, sich mit aller Entschiedenheit für eine Reformierung der betreffenden Institutionen einzusetzen.

Die Reform muß rücksichtslos durchgeführt werden und soll sich von den obersten Reichsstellen bis zu den Kommunalverbänden erstrecken.

Zu diesem Zwecke wird vorgeschlagen, eine Nachprüfung der betreffenden Aemter durch sachkundige Arbeiter und Angestellte zu beantragen.

Angestellte und Beamte in leitenden Stellen, die Gegner der Zwangswirtschaft sind, sind zu entfernen.

Groß-Stettin, Pommern. Die Organisierung der Kleinbauern ist eine zwingende Notwendigkeit. Aus diesen Gründen und aus der Tatsache heraus, daß in einzelnen Bezirken bereits Bauernräte bestehen, ist eine Kommission von sieben Personen zu wählen, zu der Sachverständige aus der Kleinbauernschaft hinzugezogen werden, die gemeinsam die Frage der Organisierung der Kleinbauern beraten und eine einheitliche und zweckmäßige Form der Organisation für Kleinbauern finden sollen.

Organisation und Agitation.

(35 Anträge.)

Hamburg. Der Parteitag beschließt: Den taubstummen Parteigenossen ist es zu überlassen, sich in ihren örtlichen Bezirken zu selbständigen Sektionen zusammenzuschließen.

Für ihre besonderen Zwecke (Taubstummenzeitungen) ist ihnen ein bestimmter Teil der Beiträge, etwa 40 Proz., zu belassen. Die Sektionen haben die Aufgaben und Rechte der Ortsvereine.

Hamburg. Der Beitrag der männlichen Mitglieder beträgt 40 Pf. pro Woche, für weibliche Mitglieder 20 Pf. pro Woche.

Rückers, Kr. Glatz. Der Parteitag wolle beschließen, daß die Beiträge gestaffelt und der wirtschaftlichen Struktur der einzelnen Bezirke dann. Berufsgruppen Rechnung zu tragen ist.

Wilsnack. Die wöchentlichen Beiträge werden nach den ortsüblichen Lohnklassifikaten.

Wehrstedt. Bei allen Wahlen, auch Vorstandswahlen soll nur ein Drittel alter Bestand und zwei Drittel neuer Bestand gewählt werden, damit einmal den Parteigenossen Gelegenheit gegeben wird, sich auch in dieser Beziehung zu bilden, wir benötigen viele Kräfte, aber die Tote zur Ausbildung sind verschlossen, weil immer dieselben Genossen nur als Kandidaten aufgestellt werden und in Frage kommen. Die Abgeordneten verlieren auch die Fühlung mit den Parteigenossen, und darunter leidet vor allem das Vertrauen.

Die wichtigsten Posten müssen von altbewährten Parteigenossen besetzt werden, aber es muß eine Möglichkeit geschaffen werden, unsere Partei so zu bilden, daß bei Verwirklichung des Sozialismus auch unsere Kräfte nicht versagen, wie wir dieses schon jetzt feststellen müssen!

Nienburg a. S. Bei Neuregulierung der Parteibeiträge möge der Parteitag beschließen, daß der Wochenbeitrag für Männer bis zum Jahreseinkommen von 10 000 Mk. 30 Pf. beträgt, für jede 5000 Mk. mehr 10 Pf. höher, bis zum Höchstbeitrage von 1 Mk.

Bericht der Fraktion des Reichstages.

(93 Anträge.)

Elberfeld. Die Reichs- und Landtagsfraktionen sind verpflichtet, nach jedem Tagungsabschnitt eine Zusammenstellung der Beschlüsse der Parlamente und deren wichtigsten Kommissionen zu geben. Aus diesen Berichten muß das Abstimmungsergebnis der einzelnen Parteien zu ersehen sein. Parteivorstand und Presse haben für eine schnelle Verbreitung dieser Berichte Sorge zu tragen. Ebenso sind die laufenden Parlamentsberichte ausführlicher zu bringen.

Osnabrück. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dahin zu wirken, daß das Gesetz über den Volksentscheid mit möglichster Beschleunigung und mit der Bestimmung verabschiedet wird, daß dasselbe auch für die einzelnen Bundesstaaten Geltung hat, falls in diesen der Volksentscheid noch nicht durch Verfassung oder Gesetz geregelt ist.

Magdeburg. Die wirtschaftliche Verfassung in ihrer jetzigen Form bietet der Arbeiterschaft keine Gewähr für eine spätere Erfüllung ihrer Hoffnungen. Darum fordert sie den Aufbau des Betriebsrätegesetzes in der Hauptsache dahin, daß es möglich sein wird, aus den Reihen der Arbeiterschaft Führer heranbilden zu können, die in der Praxis der Wirtschaftsführung technischer, ökonomischer und kaufmännischer Art eingeweiht und imstande sind, in gegebener Zeit die wirtschaftliche Macht übernehmen zu können.

Hamburg. Der Parteitag wird ersucht, seine Aufmerksamkeit den Beamten- und Staatsangestelltenfragen zuzuwenden; insbesondere die Genossen im Reichstage und in den Parlamenten zu beauftragen, mit allen Kräften für die Besserung der Notlage der unteren und mittleren Beamten einzutreten. Ebenso ist auf eine baldige gesetzliche Festlegung der Beamtenausschüsse und Beamtenräte zu dringen.

Hamburg. Die Reichstagsfraktion und die Partei haben mit allen Mitteln die wirtschaftliche Anlehnung an Rußland zu erstreben.

Hamburg. Der Parteitag wolle beschließen: Die Genossen der Reichstagsfraktion werden beauftragt, umgehend darauf hinzuwirken, daß durch reichsgesetzmäßige Regelung das Halten von Bordellen und ähnlichen der gewerbsmäßigen Unzucht dienenden Einrichtungen unmöglich gemacht wird. Als Muster könnte das Gesetz über die Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit und venerischen Ansteckung vom 11. Oktober 1906 in Dänemark gelten, dessen § 3 lautet:

„Es ist verboten, ein Bordell zu halten. Derjenige, der dieses Verbot übertritt, wird mit Besserungsstrafe, Zwangsarbeit oder Gefängnis bei gewöhnlicher Gefängnisstrafe bestraft."

Eine derartige Bestimmung wäre spätestens zu verabschieden mit dem seit 10. März 1920 dem Reichsrat im Entwurf vorliegenden Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Hamburg. Entschließung zur politischen Lage: Die Entwicklung der innerpolitischen Lage sowohl wie die Ereignisse in der auswärtigen Politik zwingen zur ernsthaften Prüfung der Frage, ob die Sozialdemokratische Partei weiterhin mit verschränkten Armen dem Verlauf der Dinge zusehen soll. Die Regierungsbildung seitens der bürgerlichen Parteien hat bewiesen, daß ihre Forderung nach Fachministern nur Wahlpropaganda darstellte, und das Ergebnis der Verhandlungen in Spa zeigte selbst den Einsichtslosesten, daß auch die bürgerliche Regierung den Ententestaaten gegenüber ebenso nachgeben mußte, wie die frühere sogenannte sozialistische. In der inneren Politik, in der Ernährungswirtschaft usw. sind Zustände eingerissen, die für die Zukunft das allerschlimmste für die minderbemittelte Bevölkerung befürchten lassen. Bei dieser Sachlage hält der Parteitag ein baldiges energisches Eingreifen der sozialdemokratischen Fraktion für unbedingt erforderlich, wenn nicht anders möglich, auf dem Wege über baldige Neuwahlen zum Reichstag, von denen erwartet wird, daß aus ihnen eine arbeitsfähige sozialistische Regierung hervorgehen wird.

Augsburg. Der Parteitag wird beauftragt, einen Gesetzentwurf zu verlangen, der die alsbaldige Ueberführung der Apotheken in Gemeinwirtschaft zum Zweck hat.

Augsburg. Der Parteitag beauftragt die Fraktion, auf das Reichsfinanzministerium mit allem Nachdruck einzuwirken, daß die militärischen Gebäude, soweit sie nicht für militärische Zwecke dringend benötigt werden, für Wohnzwecke freigemacht werden.

Jugend und Bildung.

(22 Anträge.)

Groß-Berlin. Der Parteitag empfiehlt den Parteiorganisationen, größeres Gewicht als bisher auf die Gewinnung der Kopfarbeiter, insbesondere der Akademiker, für die Partei zu legen. Durch geeignete Maßnahmen, etwa durch Bildung von Werbeausschüssen, ist die Gewinnung der für die Verwirklichung des Sozialismus so notwendigen geistigen Arbeit zu fördern.

Mittweida. Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, auf schnellstem Wege die Parteibildungskurse, wie sie vor dem Kriege bestanden, wieder aufzunehmen und neu auszubauen.

Afferde. Die Sozialdemokratische Partei wolle dahin wirken, daß unter allen Völkern neben der Muttersprache eine Einheitsweltsprache in allen Schulen eingeführt wird.

Norden. 1. Einführung der Simultanschule. 2. Die Einheitsschule ist durchzuführen. 3. Der Pastor soll nicht so ipso Mitglied des Schulvorstands sein. Der § 174 der Reichsverfassung muß eine Aenderung erfahren. 4. Den Vorsitz im Schulvorstand führt ein Lehrer. 5. Die Volksschulklassen dürfen nicht stärker belastet sein als die der höheren Schulen, wo in den oberen Klassen kaum 10 bis 20 Schüler auf eine Lehrkraft entfallen. Die Höchstzahl der Schüler soll nicht über 30 steigen. 6. In den Städten sind sämtliche Schulen den Volksschulen anzugliedern. (Prinzip der Einheitsschule.) 7. Der Fortbildungsschulunterricht ist für alle Knaben und Mädchen obligatorisch einzuführen. 8. An dem Hauswirtschaftsunterricht haben alle Mädchen, einerlei welche Schule sie besuchen und welchem Stande sie angehören, teilzunehmen. In allen Städten und Flecken ist eine Haushaltungsschule einzurichten, an der die Mädchen bis zum vollendeten 16. Lebensjahre teilnehmen müssen. 9. Sämtliche Lehrer der höheren und niederen Schulen erhalten die gleiche Ausbildung.

Groß-Berlin. Der Parteitag fordert diejenigen Parteizeitungen, denen es nur irgend möglich ist, auf, nach dem Muster des „Hamburger Echo" monatliche Jugendbeilagen herauszugeben, in denen Arbeiterjugend und Junglozialisten zu Worte kommen.

Bericht vom Internationalen sozialistischen Kongreß.

(5 Anträge.)

Osthavelland und Ruppin. Der Unterbezirkstag für Osthavelland und Ruppin mißbilligt die auf der Genfer Konferenz angenommene Resolution, in der der deutschen Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht wird, nicht frühzeitig und scharf genug das militaristische System bekämpft zu haben. Der Unterbezirk ist im Gegenteil der Ansicht, daß die deutsche Sozialdemokratie in dieser Beziehung stets ihre Pflicht getan hat.

Hamburg. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, in sorgfältiger und energischer Weise die in Genf wieder angeknüpften internationalen Beziehungen auszubauen, ganz besonders aber sein Augenmerk auf ein gut funktionierendes internationales Nachrichten- und Informationsbureau zu lenken.

Die Wohnungsfrage.

(13 Anträge.)

Groß-Berlin. Der Parteitag wolle beschließen: Zur Behebung der Wohnungsnot ist in den Parlamenten die Sozialisierung der Bautätigkeit und der Baustoffindustrie zu fördern; die Mittel zu deren Durchführung sind durch das Reich bereitzustellen.

Brandenburg-Westhavelland. Die vom Reichsarbeitsministerium zur Behebung der Wohnungsnot vorgeschlagene allgemeine Mietsteuer wird wegen ihres unsozialen Charakters abgelehnt. Eine durchgreifende Besserung auf dem Gebiet des Wohnungswesens verspricht nur die Sozialisierung der die Baustoffe liefernden Industrien. Ein wertvoller Beitrag zu den dem Staat durch eine großzügige Wohn- und Siedlungspolitik entstehenden Kosten ist die Wohnungsluxussteuer, die alle diejenigen Räume steuerlich erfassen soll, die der Bewohner von Wohnräumen über seinen Wohnungsbedarf hinaus bewohnt. Um Härten vorzubeugen, soll die Steuer nicht oder wesentlich geringer erhoben werden bei Personen mit einem Einkommen bis zu 15 000 Mk. jährlich. Die Wohnungsluxussteuer ist nicht als Gemeindesteuer, sondern als Reichssteuer zu erheben und in einer Reichsbaukasse zu sammeln. Mit ihrer Hilfe soll das Reich die Bau- und Siedlungstätigkeit zu beleben, wo Wohnungsbauten notwendig und zugleich genügend Arbeitsmöglichkeiten für die neuen Wohnungen Bezieherenden bestehen. Der Parteitag wolle beschließen, die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags zu ersuchen, den vorstehenden Antrag gesetzgeberisch zu verwerten.

Bezirksverband Franken. Die Sozialdemokratische Partei hat mit allen Mitteln die Sozialisierung des gesamten Bauwesens herbeizuführen und die Sozialisierungsbestrebungen des Bauarbeiterverbandes zu unterstützen. Es erscheint dies als einzige Möglichkeit, die Wohnungsnot zu beheben.

Das Parteiprogramm.

(34 Anträge.)

Brandenburg-Westhavelland. Der Parteitag möge die Frage der Revision des Parteiprogramms einer Kommission überlassen, die den kommenden Parteitagen Bericht erstatten wird. Der Parteitag möge für die Arbeiten unserer Genossen in der Partei, den Organisationen, in Staat und Gemeinden allgemeine Richtlinien aufstellen und diese zur Grundlage eines Aktionsprogramms machen, das vor allen Dingen von der Tendenz getragen werden soll, die Verbindung zwischen den Parteigenossen im Lande und den Genossen in Parlamenten, Regierungen, an leitenden Stellen usw. enger zu gestalten.

Bezirkskonferenz Görlitz. Die vom Parteitag zur Revision des Parteiprogramms einzusetzende Kommission soll sich dagegen angelegen sein lassen, an Stelle des zweiten Teiles ein Aktionsprogramm zu schaffen, welches die zu verwirklichenden Gegenwartsforderungen enthält. Die planmäßige Organisation der Wirtschaft, die Reform der Verwaltungs- und Industriebehörden, Schulfragen, die Stellung der Betriebsräte im Wirtschaftsleben müssen der wesentliche Inhalt des Aktionsprogramms sein.

Die Bezirkskonferenz beantragt, daß auf dem Parteitag in Kassel bei der Beratung über das Erfurter Programm und der Beamtenfrage gefährt und sofaelegt wird.

Der Parteivorstand wird beauftragt, die Agrarfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

Einstimmig schloß sich die Bezirkskonferenz den von der Parteiorganisation in Breslau gestellten Anträgen zur Erneuerung des Parteiprogramms (Aktionsprogramm) an unter Streichung des Satzes unter A Ziffer 6: „Rechtsprechung in Strafsachen durch vom Volk gewählte Richter". Wir wollen einen vollständig unabhängigen Richterstand haben. Die Anträge lauten nach der Aenderung folgendermaßen:

A. Politische Forderungen.

1. Allgemeine Abrüstung. Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit allein durch die Polizeitruppe. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Selbstbestimmungsrecht der Völker.

2. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken. Ausschaltung jedes Einflusses der Militärgewalt auf nicht militärische Verhältnisse.

3. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

4. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollständig selbst ordnen.

5. Weltlichkeit der Schulen. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen, die als allgemeine Einheitsschule die gesamte Jugend bis zum Alter von 18 Jahren aufnimmt und entsprechend der individuellen Veranlagung und Neigung auf das Leben und den späteren Berufsleben vorbereitet.

Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel und der Unterbringung in der öffentlichen Schule.

Selbstverwaltung des öffentlichen Schulwesens durch Selbstverwaltungskörper, die sich aus Vertretern der Erziehungsberechtigten der Lehrerschaft und der Jugend zusammensetzen.

6. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Berufung in Strafsachen. Abschaffung der Todesstrafe.

B. Sozialpolitische Forderungen.

1. Wirtschaftliches Rätesystem nach den Beschlüssen des Weimarer Parteitages.

2. Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungen. Maßgebende Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Verwaltung.

3. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistungen durch allgemeine Krankenversicherung. Mutterschaftsversicherung.

4. Ausreichende Erwerbslosenversicherung.

5. Umfassende Wohnungspolitik. Beschaffung von Kleinwohnungen unter regelnder Mitwirkung eines Reichswohnungsamtes.

C. Wirtschaftliche Forderungen.

1. Vollsozialisierung derjenigen Wirtschaftszweige, deren Konzentration genügend fortgeschritten ist. (Kohle, Eisen, Kali, Elektrizität, chemische Industrie, interlokale Verkehrsmittel.) Dazu Schaffung sich selbstverwaltender Körperschaften, durch deren Organisation das Allgemeininteresse gefördert wird, unter Steigerung und Verbilligung der Produktion bei steigender Gewinnbeteiligung der Allgemeinheit.

2. Gewinnbeteiligung des Reiches an Unternehmungen monopolistischen Charakters, die zur Sozialisierung noch nicht geeignet sind.

3. Uebernahme derjenigen Wirtschaftszweige, die örtlich monopolistischen Charakter tragen, durch die Kommunen, Heranziehung der Genossenschaften, vor allem zur Lebensmittelversorgung.

4. Förderung des Kleinsiedlungswesens unter Abnahme der Siedlung zu Erbpacht. Ueberführung der modernen landwirtschaftlichen Großbetriebe in Eigentum des Staates oder der Genossenschaften.

Meiba. Angesichts der Tatsache, daß nur eine starke, in sich geeinte Sozialdemokratische Partei das werktätige Volk aus den Fesseln des Kapitalismus befreien und dem Sozialismus entgegenführen kann, steht die Ortsgruppe Meiba der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf den Standpunkte, daß mit allen Mitteln versucht werden muß, um zugleich das Proletariat vor den weiteren Schäden der Selbstzerfleischung zu bewahren, den Wiederzusammenschluß mit dem der Zweiten Internationale angehörenden Teile der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erreichen.

Aus diesem Grunde ist die Revision des Parteiprogramms derart vorzunehmen, daß einer Einigung innerhalb der beiden sozialistischen Parteien die Wege geebnet werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201001-18/fragment/page=0003

Billige Hut-Woche vom 30. September bis 6. Oktober!

Abteilung: Damen-Hüte!

Filz-Hüte von **25.—** Mark an.
Velourettes von **55.—** Mark an.
Cornets von **42.—** Mark an.

Grosser Posten **Velour-Hüte!** besonders preiswert!

Stroh- u. Filzhut-Fabrik
Herold & Schröder
33 Große Steinstraße 33

Abteilung: Herren-Hüte!

Filz-Hüte 54, 65, 68, 72, 75 Mk. etc.
Glocken-Hüte 65, 68, 72, 85 Mk etc.
Velour-Hüte 98. 125, 145 Mk etc.

Ulster-Hüte 33. 45. 49, 54 Mk. etc.
Tuch-Mützen (blau) 16. 20, 25, 35, 39 Mk. etc.
Sport-Mützen 9.50, 12.50, 20.00. 25.00, 30.00 Mk. etc.

Trotz unserer bekannt billigen Preise gewähren wir auf alle Einkäufe **5% Rabatt** vom 30. September bis 5. Oktober einschliesslich.

B. B.B. **Beth's Bunte Bühne**

Ab Heute
Ein vollständig neuer vorzügl. Spielplan
U.A. **Else Tima** u. **Georg Krönlein**
chem. beliebte Mitgl. d. Walhalla-Operretten-Theaters
Max Dietze, Humorist und Ansager. **Iris.** Verwandlungstänzerin.
Geschw. Rosl. Damen-Duett. **Max Arras,** Grotesque-Komiker. **Fred Kaiser.** Circus-Unikum
Schotter, Universal-Genie.
Nur frühes Kommen sichert Platz.

Gr. Gosenstr. 12
B.T. **Henny Porten** B.T.
4 Akte. 4 Akte.
Zyklus-Drama Die Schuld.
6.30 und 8.40 nur bis Montag.
Ausserdem: Heydemann. 3 Akte. Lustspiel.

Uhren- und Goldreparaturen
gewissenh. persönl. Ausführung.
Mässige Preise
Hermann Koch, Uhrmacher
Pfannerhöhe 1 u. Lerchenfeldstr. 7
(Eingang Albert Schmidtstrasse).

Das Vortragsbuch
Eine Auswahl ernster und heiterer Gedichte für Arbeiterfeste
Mit einer Einleitung: Die Kunst des Vortrags
Herausgeber: **Ernst Preczang**
Preis 9 Mark und 20%.
Zu haben: Buchhandl. Volksstimme Gr. Ulrichstraße 27, Volksbuchhandlg. Naumburg, Marienstraße.

Kurt Litzenberg
Abt. Verkaufsstelle **Gr. Steinstr. 11**
Telefon 4025.
Eigene Erzeugnisse in Beleuchtungskörpern, Kochern, Plätten. Oefen in großer Auswahl billigst.

Mutterschutz!
Sorgenfreie Ehe. Verlangen Sie im eigensten Interesse umsonst Prospekt Nr. 13 von **P. Schwärecke, Hettstedt.**

Elegante **Damenstiefel** aus prima Leder in großer Auswahl äußerst preiswert. **H. Krasemann,** nur Schmeerstr. 19.

Schlleder-Ausschnitt,
Gummi-Absätze
zu billigsten Tagespreisen
Paul Andersch,
Lederhandlung,
Magdeburgerstrasse 8.

Eine für jeden Arbeiter u. Angestellten erschwingliche Ausgabe sind die preiswerten und guten Bände der
„Bibliothek aller Völker"
von nur guten Schriftstellern:
Bd. 1. **Theodor Storm,** Immensee.
Bd. 2. **Leo Tolstoi,** Die Kreutzersonate.
Bd. 3. **Honoré de Balzac,** Die Geheimnisse der Prinzessin Cadiana.
Bd. 4. **Adalbert Stifter,** Der Hochwald.
Bd. 5. **Björnsjerne Björnson,** Absaloms Haar,
Bd. 6. **Theodor Storm,** Der Schimmelreiter.
Jeder Band nur M 2.20.
Verlag der Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27.

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei solider Ausführung zu mäßig. Preisen
Gottfr. Schraut, Uhrmacher
nur Schmeerstr. 4.

Die Neue Welt
Illustrierte Unterhaltungsbeilage,
Jahrgang 1897, 98, 99 u. 1913 jeder Band gut erhalten und gebunden für 5.— M., ebenso
Unterhaltungsblatt des „Vorwärts",
Jahrg. 1904 geb. für 5.— M.
empfiehlt
Buchhandlung der Volksstimme,
Gr. Ulrichstr. 27

Entzückende Neuheiten!
Anzüge Ulster Paletots
fertig und nach Mass, in Hauptpreislagen
350.—, 450.—, 580.— Mk. u. höher.
Moritz Rosenthal
Leipzigerstr. 1, im alten Rathause.
Besichtigen Sie meine Schaufenster! Vergleichen Sie Preise u. Qualitäten!

Schülermützen
in nur bester Verarbeitung empfiehlt
Mützenfabrik **J. Kallga,**
Gr. Klausstr. 35

Bruno Jäckel,
Dentist,
Schweischkestr. 31.
Sprechstunden 9—12 und 2—6 Uhr.
Behandlung kranker Zähne und künstlicher Zahnersatz.
16. Fachtätigkeit.
Mässige Preise.

Zur Erheiterung und Unterhaltung
empfehlen wir folgende **Gelegenheits-Angebote:**
„Wahre Jacob", Jahrgang 1899 **4 Mk.**
„Wahre Jacob", Jahrgang 1895/96, 1897/98. Doppel abgänge, jeder Band **7 Mk.**
„Süddeutscher Postillon", 1899 **4 Mk.**
Derselbe in Doppelja rgängen, 1895/96, 1906/07, jeder Band **7 Mk.**
„Simplicissimus", Jahrgang 1905, 1906. jeder Jahrg. **10 Mk.**
Desgleichen 1912. 1913. 1914, jeder Band **12.50 Mk.**
Sämtliche Bände sind gut gebunden u. tadellos erhalten. Für Lese- und Wartezimmer den Herren Ärzten usw. empfohlen.
Buchhdlg. d. Volksstimme
Halle. Gr. Ulrichstr. 27.

Wo lassen Sie Ihre Kragen, Unterhemden und Leibwäsche waschen?
Nur in der
Dampfwaschanstalt Hellora
Spezialität: Kalt- u. Rollwäsche nach Gewicht
Mariensstrasse 2
Telephon 5692.
2 Minuten vom Bahnhof entfernt.

Herrenhüte
besonders preiswert, sehr aparte Formen und Farben, in bekannt **besten** Qualitäten.
C. G. Nicolai,
Inh. Eugen Gibbe,
Leipzigerstrasse **13.**
Spezialhaus für Herrenhüte mit eigener Reparaturwerkstatt.

?
Die grosse Frage
wo Sie Ihren Winterbedarf in **Schuhwaren** am billigsten decken, beantworten Ihnen am besten
unsere Preise

Herrenstiefel	128	148	158	168
Damenstiefel	120	148	168	174
Kinderstiefel	27/30 85 M.		31/35 95 M.	

Wiebachs Schuhwarenhaus,
Kleine Ulrichstraße 11|12.

Gelegenheits-Angebot
für unsere Genossinnen.
Wir haben gebunden und gut erhalten je 1 Band der sozialdemokratischen Frauenzeitung
„Die Gleichheit"
abzugeben.
Jahrgang 1896/97, 1898/99, 1902/3.
Doppeljahr-Bände à 7.50 M.
Jahrgang 1900, 01, 04, jeder Band 5.— M.
1 Unterhaltungsbeilage des „Vorwärts" 1904, geb. 6.— M.
Buchhandlg. d. „Volksstimme"
Gr. Ulrichstraße 27.

Wo? bekommen Sie für wenig **Geld** einen gutsitzenden **Anzug und Paletot?**
Nur bei
O. Heimsath & Sohn,
Steg 19.

Lampenschirme
für Stehe- u. Hängelampen empfiehlt
Albin Hentze,
24 Schmeerstr. 24

Seilerwaren
Bindegarn, Hanf, Bindfäden, Rohr, Bürsten, Besen, Peitschen, Holzwaren.
Polstermittel
Garne — Zwirne — Stoffe.
Wünsch & Kaps
Gross- u. Kleinhandel
L.-Wuchererstr. 1a.
Fernrul 5372.

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei solid. Ausführ. zu normal. Preis.
H. Lerner,
Uhren-Reparatur-Werkstatt
Große Steinstraße 85
(gegenüber Barfüßerstraße).

Solbad Fürstental
Robert-Franzstr. 10.
stark radiumhalt. Schwiebebg. Moor- u. medizinischen Bäder.

Stadt-Theater
Sonnabend, d. 2. Okt., nachmittags 3 Uhr Schülervorstellung bei kleinen Preisen
Die Braut von Messina.
abends 7½ Uhr
Schillings-Konzert
Leit.: Generalmusikdirektor Prof. Dr. Max v. Schillings
Solisten: Kammersängerin Barbara Kemp (Staatsoper Berlin) Leopold Sachse.
Sonntag nachmittag: Heimat.
Sonntag abend: Tannhäuser.

C. W. Trothe,
Opt. Anstalt.
Gegr. 1816
Fernspr 2916
Gr. Steinstrasse 16.

Sehr gute Emaille
grosse Sendung eingetroffen.
Schmortöpfe,
Kaffeekessel,
Wannen usw.
Bestes Fabrikat. Sehr billige Preise.
C. F. Ritter,
Halle a. S., Leipzigerstrasse 90.

Gustav Uhlig,
unt. Leipziger Str. Beste Bezugsquelle gr. Auswahl in
Musik-Instrumenten
jeder Art zu äuss. Preisen.

Ulster,
Anzüge -:- Jünglings-, Konfirmanden- und Knabenanzüge, Hosen
modernste Ausführung,
— billigste Preise —
Moritz Cahn,
Grosse Ulrichstrasse 4.

Nur kein Neid!
Ich zahle für
Kanin . . . . Stück bis **5** Mk.
Ziegenfelle . . . **50** „
Nehme auch zum Zurichten an. Gerbe auch zu Fensterleder.
E. Günther, Graseweg 8.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201001-18/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

... Distrikt. Achtung Genossen und Genossinnen (Pauluskirchenviertel). Sonnabend, den 2. Okt., abends 8 Uhr, Distriktsversammlung bei Rößler „Schloß Rheinsberg“, Yorkstraße 9. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es notwendig, daß alle Genossen und Genossinnen erscheinen.
Der Distriktsführer.

Verein Arbeiter-Jugend. Heute abend 7 Uhr findet unsere letzte Zusammenkunft im Jugendheim, Kl. Berlin, statt. Die Zusammenkunft ist als Abschiedsabend gedacht. Liederbücher sind mitzubringen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet der
Der Vorstand.

„Freier Sängerchor“. Freitag, abends 7 Uhr, Singestunde im Vereinslokal „Zum Schultheiß“, Merseburger Straße 10. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Sänger ist notwendig.
Der Vorstand.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 1. Oktober 1920.

Sitzung des Haushaltsausschusses.

Das zweite Lyzeum bedarf eines Leiters. Es wurde beschlossen, einem Oberlehrer diese Stelle zu übertragen, gegen eine Vergütung von jährlich 2000,00 Mark und den Erlaß von sechs Pflichtstunden auf zunächst drei Jahre. Die kollegiale Schulleitung wird zurzeit vom Provinzialschulkollegium abgelehnt. — Einem früheren Schulhausmann wurde die widerrufliche jährliche Unterstützug auf 1500,00 Mark erhöht. — Der Hallesche Lehrerverein bietet der Stadt die unentgeltliche Uebereignung seines in der Volksschule auf der neuen Promenade untergebrachten Schulmuseums an, das einen Wert von 169 000,00 Mark hat. Er bittet, eine noch unbezahlte Rechnung von 5000,00 Mark für Ankauf einer Sammlung zu begleichen und ihm das Vorschlagsrecht für die Leitung des Museums zu übertragen. Die Schenkung wurde unter Uebernahme dieser beiden Verpflichtungen ohne Debatte und mit dem Ausdruck des Dankes angenommen. Die vom Verein für Volkswohl auf städtischem Boden errichtete Volkslesehalle bietet er nunmehr gegen den Ersatz der Baukosten von rund 89 000,00 Mark zum Kauf an. Uebernommen werden soll die Verpflichtung, dem Verein die Räume für die Volksbibliothek einschließlich Licht und Heizung unentgeltlich zu überlassen, und den im Hause untergebrachten Sekretär des Vereins den Mietpreis innerhalb der nächsten drei Jahre nicht zu erhöhen. Der Ankauf wurde beschlossen. — Für die Instandsetzung des seiner Zeit gekauften Grundstücks, Kl. Ulrichstraße 5, wurde als nunmehr unwiderruflich letzte Rate die Summe von 28 800,00 Mark bewilligt. — Die Neuanlage der Stromsammler im Stadttheater erfordert einen Kostenaufwand städtischerseits von 30 500,00 Mark. Der seiner Zeit mit einem Unternehmer abgeschlossene Vertrag betr. Uebernahme der Unterhaltung und Erneuerung der Sammerler abgeschlossene Vertrag wird außer Kraft gesetzt, nachdem sich die Firma bereit erklärt hat, 20 000,00 Mark zu den Kosten beizutragen. Die Vorlage wurde angenommen und der Betrag aus Kap. XXIV, 14 bewilligt. —

Die Thaliasäle sollen bekanntlich der neugegründeten Volksbühne zur Verfügung gestellt werden. Die seiner Zeit bewilligten 130 000,00 Mark für einen notdürftigen Umbau reichen aber bei weitem nicht aus, um dieser einen würdigen Rahmen zu geben. Der Magistrat hat deshalb beschlossen, hierfür 400 000,00 Mark aufzuwenden. Die Arbeiten sind bereits vergeben und ihre Beendigung für Mitte November zu erwarten. Die nachgesuchte Indennuität wurde nach lebhafter Debatte bei zwei Stimmenthaltungen beschlossen.

Eine Liebe ist die andere wert.

Unsere halleschen Parteigenossen haben gewiß vorige Woche die großen Plakate der Deutschnationalen leuchten sehen — sie trugen die Farbe des Neides — in denen sie der staunenden Mitwelt vier Vorträge einer besonders großen Parteileuchte ankündigten. Niemand hätte trotz dieser beiden Größen, des Plakates und der Leuchte, davon Notiz genommen, aber da man als Kronzeugen für die wissenschaftliche Bedeutung des Referenten die „Volksstimme“ anrief, so benutzten wir eine kleine Plauderei, um die Herren deswegen anzuzapfen. Prompt haben sie darauf reagiert. Sie haben Lebensart. Das muß ihnen der Neid lassen. Freundlich sandte man uns zwei Karten, die uns freien Eintritt gewährten.

Eine Liebe ist die andere wert. Wir beteuern öffentlich unsere lauterste Absicht, diese Freundlichkeit richtig würdigen zu wollen. Wenn uns das aber unmöglich ist, so müssen wir die Schuld Herrn Freytagh-Loringhoven selbst geben. Um zu zeigen, was für ein Kenner Rußlands er ist, nahm er sich zuerst Deutschland vor und schilderte dessen politische Verhältnisse. Hören wir, was er dabei über dessen stärkste Partei, die Sozialdemokratie, sagt:

„Wir müssen auch abrücken von der materialistischen Weltauffassung, die da behauptet, daß alles Geschehen aus wirtschaftlichen Ursachen hervorgehe. Die Sozialdemokratie wurzelt in der Lehre von der „Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt“ Jede Entwicklung führt zur Ungleichheit. Gleichheit besteht nur in der Verwesung. Wir sehen es in der Natur. Damit eine einzige Eiche sich machtvoll entwickeln kann, müssen unzählige Pflanzen verkümmern, und doch möchten wir um dieser Lebewesen willen den mächtigen Eichbaum nicht missen, die Sozialdemokratie aber will die Eiche fällen, um das Gestrüpp zu erhalten. Hat die Sozialdemokratie, solange sie an der Regierung ist, schon eine große Persönlichkeit hervorgebracht?“ (Zuruf: Waentig!)

Leser, merkste was? In der Flora gibt es also Eichen und Gestrüpp, in der Fauna gibt es Menschen und Rindvieh. Das Letztere ist dazu da, um, wie das Gestrüpp die Eichen, so in diesem Falle die Menschen groß zu füttern. Nur rechnet Herr von Freytagh-Loringhoven unter die Menschen nur sich und seine Sippe und die Arbeiter unter das Rindvieh, zu jenem Rindvieh oder Gestrüpp, das seine Bestimmung darin zu suchen hat, die deutschnationalen Menschen alias Eichen großzufüttern. Nachdem Herr Freytagh-Loringhoven eine so ausgezeichnete Betrachtungsweise der deutschen Verhältnisse entwickelt hat, ist es wirklich nicht mehr nötig, seine sagenhafte Autorität in russischen Sachen zu erschüttern. Er hat sich mit diesem Vergleich selbst aus der Reihe ernst zu nehmender Menschen ausgestrichen. Er rangiert sich selbst ein unter das Gestrüpp und nicht unter die Eichen. In diesem Sinne werden wir unsere ganze Stellung zur deutschnationalen Partei revidieren müssen. Sie sind uns nicht gleichwertig. Sie sind das Gestrüpp, das den jungen Eichwald der aufstrebenden, rauhen und knorrigen Arbeiter ersticken will. Es muß ausgerodet werden. An die Arbeit Genossen!

Die Lynchjustiz der Reichswehr.

Vor dem Schwurgericht hatte sich der Kaufmann Georg Gerstenberger in Delitzsch wegen der Erschießung des Arbeiters Meißner zu verantworten. Der Angeklagte hatte als Unteroffizier der Reichswehr an den Kämpfen in Seeben und Trotha während der Kapptage teilgenommen. Am 21. März wurde ihm im Geschäftszimmer der Kaserne mitgeteilt, seine Frau und sein Kind seien in Delitzsch von Spartakisten erschlagen worden. In größter Erregung ging er nach dem Kasernenhofe, wo er gerade einen Trupp Soldaten traf, die drei gefangene Arbeiter führten. Gerstenberger glaubte einen von ihnen als denjenigen wiederzuerkennen, der aus dem Volkspark auf die Truppe geschossen hat. Darüber in größte Wut geratend, legte er seinen Karabiner an und erschoß den Arbeiter Meißner. (Die Nachricht von der Ermordung der Frau und des Kindes des Angeklagten hatte sich später als unwahr herausgestellt.) Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage auf Totschlag und bejahten nur die auf Körperverletzung mit Todeserfolg, unter Zubilligung mildernder Umstände. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren.

*

Gestern berichteten wir über eine Schwurgerichtsverhandlung gegen den Arbeiter Paul Wisse, der den Direktor Kamp erschoß. Wisse wurde wegen seiner Tat zum Tode verurteilt. Man stelle beide Urteile, die zweijährige Gefängnisstrafe und die Verhängung der Todesstrafe gegenüber; beachte dabei, daß der eine Attentäter ein Arbeiter, der andere ein Reichswehrunteroffizier ist und man wird des Rätsels Lösung über diese sondrbare Rechtsprechung gefunden haben. Ein weiterer Beweis mehr, unsere Juristerei von Grund auf zu ändern und eine wirkliche Rechtsprechung zu schaffen.

Tagesordnung

für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, den 4. Oktober, nachmittags 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung. 1. Wahl eines Mitgliedes für die Gesundheitsdeputation. 2. Antrag auf Neuwahl der Schuldeputation. 3. Ankauf eines Grundstücks. 4. Nachbewilligung für Kleinwohnungen. 5. Nachbewilligung für Kl. Ulrichstr. 5. 6. Nachbewilligung für das Elektrizitätswerk. 7. Herstellung eines Trockenraumes für das Emilienheim. 8. Instandsetzung der Stromsammleranlage des Stadttheaters. 9. Herstellung der Thaliasäle. 10. Erhöhung einer Unterstützung. 11. Besetzung einer Oberlehrerstelle. 12. Annahme einer Schenkung. 13. Gesuch um Wiedereinstellung. 14. Gesuch um Zuweisung von Kohlen und Holz. 15. Anfrage betr. Neuregelung der Verpachtung städtischer Güter. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.
Der Stadtverordneten-Vorsteher. Hennig.

Transportarbeiterverband Halle (S.).

In der am 28. September im Volkspark stattgefundenen allgemeinen Mitgliederversammlung hielt Arbeitersekretär Grabow einen hochinteressanten Vortrag über die reichsgesetzliche Unfallversicherung. An der Hand packender Beispiele führte er den Anwesenden vor Augen, wie notwendig es sei, daß alle Unfallverletzten sich von sachkundigen Personen beraten lassen müssen. Für alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen stände in dieser Beziehung das Arbeitersekretariat zur Verfügung. Dieses sei unbedingt anzugehen, da sonst, bei eigenmächtigem Vorgehen und unkundiger Vertretung der Anträge usw. große Nachteile für die Betroffenen eintreten könnten. In der Debatte über den Vortrag wurden weitere Beispiele von den sogenannten Rentenquetschen gegeben und der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß weitere ähnliche Vorträge vom Genossen Grabow gehalten werden möchten.

Dann wurde Stellung genommen zu den wirtschaftlichen Lohnkämpfen innerhalb unseres Verbandes und zu dem Beschluß des Verbandsvorstandes, zur Kräftigung der Hauptkasse Extrabeiträge zu erheben. Bekannt gegeben wurde hierbei, daß die Streiks in letzter Zeit, die unser Verband zu führen hatt, bisher rund 12 Millionen Mark gekostet hätten und daß in Anbetracht des Verhaltens der Arbeitgeber weitere Kämpfe bevorständen. Folgende Entschließung wurde in dieser Sache einstimmig angenommen: Die heute tagende Mitgliederversammlung nimmt Kenntnis von dem Beschluß des Verbandsvorstandes, daß vorläufig für das 3. und 4. Quartal je zwei Extrawochenbeiträge erhoben werden sollen. Die Versammelten erkennen an, daß dieser Beschluß eine unbedingte Notwendigkeit war, um die in Lohnkämpfe kommenden Verbandsangehörigen in finanzieller Hinsicht über Wasser halten zu können. Die Versammelten geben der Erwartung Raum, daß alle Mitglieder dieser ihrer Pflicht nachkommen. Nichteinhaltung des Beschlusses muß ohne weiteres die Entziehung der satzungsmäßigen Unterstützung nach sich ziehen.

Nachdem noch auf die in die Wege geleitete Zusammenschließung eines allgemeinen Verkehrsbundes, in dem unser Verband mit aufgehen soll, hingewiesen worden war und einige andere wichtige Mitteilungen erfolgt waren, wurde die leider schwach besuchte Versammlung geschlossen.

Eine feine Nase haben wir gestern gehabt, als wir in der Waffenaffäre des unabhängigen Polizeidezernenten meinten: „Vielleicht lesen wir auch trotzdem noch im „Volksblatt“, daß der Kern dieser Reiwandschen Verräterei eigentlich in der Schlappheit des Rechtssozialisten Hörsing begründet ist.“ Wir haben richtig prophezeit. In einer Polemik gegen die „Saale-Zeitung“, die eine kürzere Notiz über diese Angelegenheit schon einen Tag vor uns brachte, erklärt Reiwand im „Volksblatt“: „Auf meinen Bericht an den Oberpräsidenten mit der Bitte um weitere Verhaltungsmaßregeln, habe ich keine ausreichende Antwort erhalten. Nachdem ich etwa zehn Tage gewartet und der Vertreter der Landwirtschaftskammer wiederholt erklärt hatte, mich persönlich für den entstehenden Schaden verantwortlich zu machen, gab ich die Sachen, nachdem die Kriminalpolizei diese bereits am ersten Tage freigegeben hatte, auch meinerseits frei.“ Ob die, die Waffentransporte kontrollierenden Eisenbahner auch erst weitere Verhaltungsmaßregeln vom Oberpräsidenten einholen sollen, wird Reiwand wohl verneinen. Aber an diese werden immer die erhebendsten Aufrufe losgelassen, während man selbst nichts tut. Man verläßt sich entweder auf ganz unten oder auf ganz oben und hat dann die schönsten Ausreden, wenn man selber die Karre laufen läßt, wie sie laufen will.

Sprechstunde des Wohnungsamtes. Vom 1. Oktober 1920 ab sind Wohnungsamt und Wohnungs-Nachweis — Gr. Berlin 11 — Dienstags und Freitags jeder Woche im Interesse ordentlicher Erledigung der Geschäfte für jeden Publikumverkehr geschlossen.

Kein Ausfall der Rennen bei schlechtem Wetter. Uns wird geschrieben: Zahlreiche Erkundigungen beschäftigen sich mit der Frage, ob die Rennen auch bei ungünstiger Witterung gelaufen werden. Die Frage ist unbedingt zu bejahen. Eine Verschiebung kann nur wegen unüberwindlicher Hindernisse mit Zustimmung der Obersten Behörde stattfinden. Als solche Hindernisse gelten Ueberschwemmungen oder starker Frost, die das Galoppieren unmöglich machen, Verkehrssperren usw. Flachrennen sind schon auf der Schneedecke gelaufen worden. Im übrigen bestehen im Publikum vielfach noch falsche Vorstellungen über die Einwirkung der Witterung auf unsere durch Jahre sachgemäß und sorgfältig gepflegte Rennbahn. Man denkt immer noch an die alten Zeiten auf den Passendorfer Wiesen, die im Herbst ohne weitere Vorbereitung des Geläufs ad hoc für ein paar Rennen abgesteckt wurden und glaubt, daß die Bahn und die Zuschauerplätze nach dem Regenfall grundlos sein würden. Das ist durchaus unzutreffend. Nach den andauernden Niederschlägen der letzten Wochen befanden sich Bahn und Zuschauerplätze in bester Verfassung. Das Geläuf war weder tief noch schwer. Der Beauftragte der Obersten Behörde gab ihm vielmehr für den Rennbericht die Bezeichnung „sehr gut“.

Einbruch im Beamtenkonsumverein. In der Nacht zum 27. September ist in dem Geschäft des Beamtenkonsumvereins Forsterstraße 32 eine Fensterscheibe zerschlagen worden, worauf die Täter das Fenster aufgewirbelt haben, eingestiegen sind und hauptsächlich Schokolade und Zigarren gestohlen haben. Da Blutspuren am Tatort zurückgeblieben sind, muß angenommen werden, daß einer der Täter sich bei dem Einschlagen der Fensterscheibe verletzt hat. Die Kriminalpolizei bittet um sachdienliche Mitteilungen nach Dreyhauptstr. 4, Zimmer 36 oder 37.

Deutscher Transportarbeiterverband. Dienstag abend 8½ Uhr findet im Restaurant Erholung, Martinsberg 6, eine Gruppenversammlung aller in Zeitungsverlagen, Zeitschriften- und Buchhandlungen beschäftigten Austrägerinnen, Boten, Packer und Kutscher statt. Es soll ein Vortrag über Arbeitsgemeinschaften Tarifverträge und Betriebsräte gehalten werden, wozu alle in Frage kommenden Beschäftigten eingeladen werden.

Deutscher Eisenbahnerverband. Die Betriebsratsobleute können im Büro für ihre Betriebsräte das Material abholen.

Zweiter Kammermusikabend des Halleschen Streichquartetts. Der zweite Abend brachte Kompositionen Mozarts und Schuberts die als Weiterentwicklung der Haydnschen Form gedacht waren. Gerade die Quartettmusik Mozarts bietet Proben der hohen musikalischen Genialität des Meisters, in denen Adel und Schönheit seiner Kunst so recht zum Vorschein kommen. Im Streichquartett G-Dur tritt uns die Mischung von heiterer, naiver Lebenslust mit überirdischem Tiefsinn unverhüllt entgegen, die der ganzen Mozartschen Musik das besondere Gepräge verleiht. Eine etwas andere Auffassung verlangt das Streichquartett C-Moll, in dem vor allem die Fuge in technischer und rhythmischer Hinsicht nicht unerhebliche Schwierigkeiten bietet. Schuberts Eigenart in der Quartettmusik tritt uns im A-Moll-Streichquartett Nr. 1 deutlich entgegen. Die Fülle der Phantasie und das tiefe poetische Gemüt fanden in der reizenden Melodienführung einen treffenden Ausdruck. — Unsere hallischen Künstler hatten sich diesmal keine leichte Aufgabe gestellt, da es die Erfassung und Herorkehrung des Geistigen galt. Und wenn auch dieses Ziel noch nicht restlos erreicht wurde — auf dem Wege dazu sind sie. Die Mozartsche „Kleine Nachtmusik“ wurde recht gut zu Gehör gebracht. Das vollbesuchte Haus zeigte die rege Teilnahme an den Kammermusikabenden und spendete lebhaften Beifall.
Pr.

Stadttheater. Heute, Freitag, abends 7½ Uhr, gelangt die Komödie „Der Biberpelz“ von Gerhart Hauptmann zur Aufführung. Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, geht als Schülervorstellung bei halben Schauspielpreisen Schillers „Braut von Messina“ in Szene. Sonnabend, abends 7½ Uhr, findet das Schillings-Konzert statt. Leitung: Generalmusikdirektor Prof. Dr. Max von Schillings. Solisten: Kammersängerin Barbara Kemp von der Staatsoper Berlin, Leopold Sachse. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, Volksvorstellung „Heimat“, abends 7 Uhr „Tannhäuser“. Montag „Als ich noch im Flügelkleide“.

Volks-Sinfonie-Konzert. Am Mittwoch, den 6. Oktober, abends 7½ Uhr, findet im Konzertsaal des Volksparkes ein Konzert des Theaterorchesters statt. Zur Aufführung kommen: Ouvertüre „Iphigenie in Aulis“ von Gluck, die Haffner-Serenade von Mozart, Ouvertüre „Fidelio“ und Sinfonie Nr. 3 (Eroika) von Beethoven. Das Violinsolo in der Haffner-Serenade spielt Konzertmeister Johannes Vorsteeg. Um jeden den Besuch dieser Volkskonzerte zu ermöglichen, ist der Preis auf nur 1,50 Mk. einschl. Billetsteuer festgesetzt. Eintrittskarten im Stadttheater, Volksbuchhandlung, Buchhandlung Volksstimme und Konsumverkaufsstellen.

U. T. Gr. Gosenstr. 12 wird bis einschl. Montag das Henny-Porten-Zyklus-Drama „Die Schuld“, mit nur allerfeinster, künstlerischer Arbeit, gezeigt. Ein Harry-Heidemann-3-Akter-Lustspiel ist dem Programm beigefügt.

Im Drei Königen Konzert- und Künstlerhaus gastiert ab 1. Oktober Emil Reimers mit seiner Gesellschaft. Er hat in allen Städten ausverkaufte Häuser erzielt und wird auch diesmal wieder wie bisher bei seinen Gastspielen in Halle das beste vom besten bringen.

Provinz und Umgegend.

Städtetag für die Provinz Sachsen und den Freistaat Anhalt.

(Fortsetzung und Schluß.)

Erster Bürgermeister Dr. Bunde-Aschersleben gibt einen Rückblick auf die Entwicklung der Tarifabschlüsse. Folgende Anträge des Berichterstatters werden angenommen:

1. Der Städtetag wolle beschließen, denjenigen Mitgliedern, die dem Kommunalverbande noch nicht angehören, den Beitritt zu diesem Verbande zu empfehlen. 2. Der Städtetag wolle gegen die Nichtachtung des städtischen Selbstverwaltungsrechtes, wie sie in der Ausführungs-Verordnung zum Gesetz vom 7. Juli 1920 betr. vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindebeamtenrechts zum Ausdruck kommt, scharfe Verwahrung einlegen und bei dem Herrn Minister des Innern die Zurücknahme der Ausführungs-Verordnung und dem Erlaß einer neuen beantragen, die dem tatsächlichen Willen des Gesetzes entspricht.

Das Wohnungs- und Siedlungswesen behandelte Stadtrat Balke-Halle. In Halle fehlen 8400, in Magdeburg 6000, in Burg 840, in Nordhausen 1484 Wohnungen. Was muß und was ist geschehen? Es bleibt nichts weiter übrig, als neue Wohnungen zu bauen, dabei muß aber der unwirtschaftliche und viel zu kostspilige Barackenbau vermieden werden. Es müssen Einnahmequellen erschlossen werden, in erster Linie gibt da die Mietssteuer fast das einzige Mittel zur Hebung der Wohnungsnot. So große Einnahmen, wie man erwartet, wird sie allerdings kaum bringen, doch lassen sich mit den Erträgen der Mietssteuer gut einige hundert Wohnungen in der Kommune herstellen. Redner besprach dann das Siedlungswesen, forderte den Abbau baupolizeiwidriger Stadtwohnungen, und den Bau nur dringend nötiger Siedlungshäuser nahe der Stadt für Mehrfamilien, nicht mehr für Einfamilienzwecke, nicht mehr Siedlungen für eine einzige Berufsklasse, sondern alle Schichten.

In der Aussprache forderte Genosse Peus-Dessau die Einbeziehung des ländlichen und industriellen Grundbesitzes in die Mietssteuererhöhung bis zu 30 Prozent im Interesse ausgleichender Gerechtigkeit. Alle müssen Opfer bringen, die Städte haben nichts zu verschenken. Die Städte müssen Häuser bauen, die sich gut verkaufen lassen, sollen den Gartenstadtbewohnern keine Zuschüsse gewähren und die Bauspekulation ausschalten. Kasernenbauten bieten keine Verkaufsmöglichkeit und fressen zu große Anstandsetzungskosten. Der Einzelne muß gesetzgeberisch zur Leistung von Beihilfen zum Bauen gezwungen werden. Stadtbaurat Zollinger-Merseburg ist auch für die Mietssteuer. Stadtv. Blumenbohm-Magdeburg stimmte den Siedlungsideen Balkes zu.

Gen. Peus regte an, daß die Industriebetriebe mehr in die kleineren und mittleren Städte verlegt werden, um einer ungesunden Uebervölkerung der Städte vorzubeugen.

Zur Kartoffelfrage wurde am Mittwoch einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln und die

Zur Aufklärung!

„Kukirol“, das schnell und sicher wirkende Mittel gegen **Hühneraugen, Hornhaut,** Schwielen und Warzen ist in großem Format für die Käufer vorteilhafter, als in kleinem.

Da „Kukirol“ lange Zeit haltbar ist, so wird es von jetzt ab nur noch in großem Format hergestellt, zumal der Preisunterschied nur 50 Pf. beträgt. Preis des alten Formats M. 2.50, des neuen M. 3.—, „Kukirol“ ist in Apotheken und Drogerien erhältlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201001-18/fragment/page=0005

vorgenommenen Angsteinkäufe haben eine Preissteigerung zur Folge gehabt, die große Beunruhigung in den Verbraucherkreisen ausgelöst hat. Durch die Verteuerung des wichtigsten Lebensmittels ist die Ernährung des deutschen Volkes in außerordentlich bedenklicher Weise gefährdet. Wird nicht durchgreifend und schnell Abhilfe geschaffen, kann es zu verhängnisvollen Erschütterungen führen. Der Städtetag fordert daher von der Reichsregierung unbedingt sofortiges Durchgreifen, um noch schwerere Erschütterungen, als die, welche das deutsche Volk bisher durchgekostet hat, abzuwenden. Die Reichsregierung muß die Preistreiberei auf dem Kartoffelmarkte durch die Festsetzung des Höchstpreises, der auch der minderbemittelten Bevölkerung die Versorgung mit Kartoffeln ermöglicht, ein Ende machen. Dieser Höchstpreis muß auch für die von den Städten abgeschlossene Kartoffeln Geltung haben, damit den Städten eine schwere finanzielle Einbuße, die sie sonst zu tragen haben würden, erspart bleibt. Ferner sind schärfste Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, daß die für die menschliche Ernährung bestimmten Kartoffeln von den Brennereien aufgekauft und verarbeitet werden. Ebenso fordert der Städtetag, daß jede Ausfuhr von Kartoffeln verhindert wird, solange die Versorgung des Volkes mit Kartoffeln nicht ausreichend sichergestellt ist."

Stadtrat Haupt-Magdeburg sprach hierauf über die Regelung der Erwerbslosenfürsorge. Es gelangte folgende Entschließung zur Annahme:

„Der in Nordhausen tagende Städtetag erkennt an, daß der Ausbau der sozialen Gesetzgebung durch die von der Reichsregierung beabsichtigte Schaffung einer Arbeitslosenversicherung dringend und notwendig ist. Soweit jedoch über die in Aussicht genommene Gestaltung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung bekannt geworden ist, gibt sie den Städtetag Veranlassung für nachstehende Forderungen beim Arbeitsminister der Regierung und dem Reichstage einzutreten.

1. Die Absicht die von den Städten unterhaltenen Arbeitsämter und Arbeitsnachweise zu Hilfsorganen von Krankenkassen oder Krankenkassenverbänden bei der Durchführung der Arbeitslosenversicherung zu machen ist abwegig und zu verwerfen. Nach den Erfahrungen der Erwerbslosenfürsorge, bei der Berufsberatung, Arbeitsvermittlung, Beufsumschulung, Arbeitsbeschaffung, Erwerbsbeschränkten-Fürsorge usw. kann die Erreichung des Zweckes der Arbeitslosenversicherung nur erfolgen, wenn die Durchführung des Gesetzes den Arbeitsnachweisen übertragen wird. Es ist dabei anzustreben, die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises gleichzeitig mit der Arbeitslosenversicherung vorzunehmen.

2. Versicherungspflichtig müssen alle der Invaliden- und Angestelltenversicherung unterstellten Personen sein, die beabsichtigte nicht Einbeziehung der ländlichen Arbeiter und der Hausangestellten ist zu verwerfen.

3. Die Mittel für die Reichsarbeitslosenversicherung sind durch Beiträge der Versicherten und deren Arbeitgeber, sowie durch Zuschüsse des Reiches aufzubringen. Der Zuschuß beträgt ⅓ der Aufwendungen für die Arbeitslosenunterstützung.

Die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber sind durch einen Zuschlag zu den Beiträgen für die Invalidenversicherung und ohne Ausgabe besonderer Marken zu erheben und von den Versicherungsangestellten den mit der Verwaltung der Arbeitslosenversicherung betrauten Stellen zu überweisen. Soweit die nach diesem Gesetz Versicherten der Invalidenversicherung nicht unterstehen, ist die Beitragserhebung so einfach wie möglich zu gestalten."

In den Vorstand des Städtetages wurden gewählt: Oberbürgermeister Beims-Magdeburg, Oberbürgermeister Dr. Rive-Halle, Oberbürgermeister Dr. Mann-Erfurt, Stadtverordneter Besthorn-Aschersleben. Weite gehören dem Vorstande an: Erster Bürgermeister Löffler-Zeitz, Oberbürgermeister Dr. Contag-Nordhausen und Bürgermeister Hesse-Dessau.

Gen. Oberbürgermeister Beims-Magdeburg faßte in einem längeren Schlußwort das Ergebnis der Tagung zusammen und schloß die Tagung.

Zum nächsten Tagungsort wurde Dessau bestimmt.

Merseburg. Raubüberfall. Gefährliche Räuber übten hier am Dienstag abend einen Ueberfall aus. Hier wohnt der Stoffhändler Paul Hene, der von einem unbekannten besser gekleideten Herrn besucht wurde. Nach einiger Zeit kam ein Kauf zustande, und der Käufer bat, ihm die Stoffe einzupacken. In diesem Augenblick erhielt H. einen schweren Schlag auf den Hinterkopf, so daß er bewußtlos hinstürzte. Erst nach zirka zwei Stunden erwachte H. aus seiner Bewußtlosigkeit und mußte die Wahrnehmung machen, daß außer Stoffen im Werte von annähernd 1000 Mark auch noch Bargeld im Betrage von 2350 Mark geraubt worden war. Der Schlag wurde von dem unbekannten Mann mit einem schweren Tintenlöscher, der auf dem Schreibtische des Stoffhändlers stand, ausgeführt.

Noitzsch. Blitzeinschlag. Während des gestern über unsere Gegend gezogenen schweren Gewitters, schlug ein Blitz in einen hochgestapelten Getreidediemen, der zwischen Noitzsch und Brehna lagerte. Das Getreide ist bis auf den letzten Rest verbrannt, wodurch großer Schaden angerichtet wurde.

Delitzsch. Zur Kartoffelfrage. Am kommenden Montag vormittag wird im Sitzungssaal des Kreisständehauses eine Zusammenkunft der landwirtschaftlichen Organisationen, der städtischen Behörden von Delitzsch, Eilenburg und Landsberg, und Vertretern der Arbeiterschaft der drei Städte unter dem Vorsitz des Landrats stattfinden, die sich mit der Festsetzung des Kartoffelpreises befassen wird. In Konsumentenkreisen erwartet man von der Einsicht der Landwirte, daß sie den Preis für ausgesuchte Kartoffeln auf 20 Mark für den Zentner festsetzt.

Delitzsch. Brotmarkendiebstahl. In der hiesigen Druckerei des Tageblatt hat ein dort beschäftigter Laufbursche vor längerer Zeit Brotmarken mit den Nummern 10 825 bis 10 830, 10 835 und 36, 5290, 5347, 5603, 5819, 6475, 6660, 7223, 7461 entwendet. Diese Nummern werden jetzt vom Magistrat für ungültig erklärt. Die Karten hat ein älterer Bruder verkauft. Vor der Belieferung dieser Brotkarten wird gewarnt. Der Täter sieht seiner Bestrafung entgegen.

Delitzsch. Vom Landratsamt. Die Dienststunden des Landratsamtes, des Versicherungsamtes und des Kreis-Ausschusses werden vom 16. Oktober ab auf vormittags 8—12 Uhr und nachmittags 2½—6 Uhr festgesetzt. Nachmittags findet ein Verkehr mit dem Publikum nicht statt. An den Sonnabenden bleiben die Geschäftsräume geschlossen.

Gröben-Runthal. Mitgliederversammlung. Am letzten Sonntag sprach in unserer Versammlung Gen. Dörfel aus Zeitz über die politische Lage. Auf die wichtigsten Vorgänge in der äußeren und inneren Politik, während seiner vortrefflichen Rede näher eingehend, beleuchtete er besonders die 21 Moskauer Punkte und das Verhalten der radikalen Parteien. Dabei kam der Gen. Dörfel zu dem Schluß, daß bei den meisten von diesen „revolutionären" und „ganz zielbewußten" Leuten wenig Sachkenntnis und Ueberzeugung vorhanden ist und nicht immer besonders edle Motive die Haupttriebskräfte spielen.

Nach Moskau! In Runthal tagte zur selben Zeit eine U. S. P.-Versammlung. Wie wir hören, sprach dort ein Redner gegen die 3. Internationale. Aber die öffentliche Abstimmung ergab 18 Stimmen für Moskau und nur 8 dagegen. Dabei ist besonders aufgefallen, daß meistens die kleineren Funktionäre für Moskau gestimmt haben, während dieselben sonst gar nicht so radikal gesonnen sind. Wahrscheinlich hatten die guten Leute nur Angst vor den irregeführten Massen, wenn die letzteren die volle Wahrheit erkennen. Auffallend ist auch der schwache Versammlungsbesuch bei dieser wichtigen Angelegenheit.

Schildau. Stadtverordnetensitzung. Zur letzten Stadtverordnetensitzung lag folgende Tagesordnung vor: 1. Beitritt zum Verband der Elektrizitätsabnehmer; 2. Beitritt zum kommunalen Giroverband Sachsen-Thüringen-Anhalt; 3. Erhöhung des Zuschusses zur Schulverwaltung; 4. Zustimmung zu einem Ortsstatut; 5. Verschiedenes; 6. Besoldung der Gemeindebeamten. Bürgermeister Schliebe gibt bekannt, daß der Beitritt zum Reichsverband 20 Mark kostet, man beschließt einstimmig, beizutreten. Zu Punkt 2 wurde einstimmig beschlossen, dem Giroverband beizutreten. Punkt 3. Infolge der gestiegenen Holz- und Kohlenpreise mußte der Zuschuß erhöht werden. Unter Verschiedenes hatte man ein großes Sortiment zur Verfügung. Als besondere Nummer führte der Bürgermeister sein Haustelephon vor. Nach langem hin und her gelang es ihm schließlich, diesen Antrag gegen eine Stimme durchzubringen. Wohl gut durchdacht stand die Besoldung der Gemeindebeamten als letzter Punkt auf der Tagesordnung. Denn es war schon vorauszusehen, daß diese wichtige Angelegenheit wieder hinter verschlossenen Türen verhandelt würde. Daß der Antrag, die Oeffentlichkeit auszuschließen, durch einen Auchgenossen unserer Fraktion, dem Klempnermeister P. Mangler gestellt wurde, ist doch ein starkes Stück. Der Wortführer der Demokraten, Herr Post-Sekr. Drewke, war dagegen. Was da in vier Stunden geheimer Sitzung beschlossen worden ist, taugt wirklich nicht für die Oeffentlichkeit. Die Schamröte steigt einem als Sozialdemokrat ins Gesicht, wenn man hören muß, wie durch Mitwirken dieser Auchgenossen die Gehälter der städtischen Beamten festgesetzt wurden. Beträgt doch das Gehalt (nach dieser Festsetzung des Polizeiwachtmeisters Gen. Veit und des Gegenbuchführers in der Hauptkasse Giesel je 5500 Mark jährlich und das der beiden Rendanten 6500 Mark. Die beiden Erstgenannten sind verheiratet, ersterer ist sogar Vater von vier Kindern. Wie diese Leute ihr Leben fristen sollen, ist uns unklar. Weiterer Kommentar erübrigt sich. Doch diesen „Genossen", welche die Partei nur als Sprungbrett zu einem Pöstchen benutzen, ist dringend zu empfehlen, sich in Muse mit den Zielen der Sozialdemokratischen Partei zu beschäftigen, indem sie die Parteipresse lesen. Hervorzuheben ist noch das Verhalten des Gen. Karl Kanitz und des Post-Sekr. Drewke bei der Abstimmung, welche sich der Stimme enthielten.

Kelbra. Protestversammlung. Am Dienstag abend fand im Jägerhof (Bremer) eine öffentliche Versammlung statt, welche von der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen einberufen war. Gen. Fiedler-Halle sprach über das neue Rentengesetz. In äußerst ruhiger, sachlicher Weise ging der Referent auf das Gesetz in längeren Ausführungen ein, die Vorteile und schweren Nachteile ausführlich erläuternd. Das Gesetz passe nicht vollständig in die jetzige schwere Zeit hinein, es sei unsozial. Als das Gesetz geschaffen wurde, seien die Vertreter der Organisationen nicht immer gehört worden, wie es hätte sein müssen. Ein Vorteil im Gesetz sei es, daß es keine Unterschiede mehr gebe in Bezug der Dienstarade. Mit Entschiedenheit wandte sich der Redner gegen die Fassung des § 63 des Gesetzes. Dieser bestimmt, daß bei einem Einkommen von 5000 Mark die Rente um einige Prozent ermäßigt wird. Hier ging aber nicht klar hervor, ob steuerpflichtiges Einkommen in Betracht kommt. Wer mehr als 14 000 Mark Einkommen hat, ist von dem Genuß einer Rente ausgeschlossen. Das Existenzminimum betrage aber auf Grund zuverlässiger Berechnung über 18 000 M. Redner forderte, daß der Satz auf 20 000 M. festgesetzt werde. Dann ging er noch auf nähere Einzelheiten des Gesetzes ein, leider fehlt uns der Raum, diesen äußerst interessanten Vortrag noch im größeren Auszuge zu bringen. Die Versammlung war leider äußerst schwach besucht. Das Fehlen sämtlicher Stadtverordneten und Vertreter des Magistrats wurde kritisiert. Nachdem noch von den Mitgliedern verschiedene Anfragen und Vorschläge zum weiteren Ausbau der Organisation geäußert waren, wurde die Versammlung von dem Vorsitzenden Kamerad Bauersfeld geschlossen.

Falkenberg. Verschiedenes. — Die Kartoffelsperre bleibt noch bestehen. Die Funktionäre sowie Vertrauensleute der Partei treffen sich jeden Mittwoch abend zum Diskussionsabend, an dem die schwebenden Parteifragen behandelt werden, sowie die Weiterausbildung des seinerzeit begonnenen Rednerkursusses weiter vor sich geht. — Der Kartoffelstreik der Eisenbahner geht weiter. Es werden keine Kartoffeln mehr befördert, ehe nicht der Preis herabgesetzt wird.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Der Schuldenkongreß in Brüssel.

Brüssel, 30. Sept. Die Finanzkonferenz nahm heute vormittag die armenischen und die ungarischen Finanzexposés entgegen. Der Vizepräsident de Wouters (Belgien) verlas einen ausführlichen Bericht über die Lage des Welthandels. Der Krieg habe neue Handelswege geschaffen. Die Krise sei zwar allgemein, die Nationen hätten aber trotz der wirtschaftlichen Erschütterung noch die Möglichkeiten zum Aufschwung und würden in einigen Jahren eine bisher ungekannte Blüte erleben. Zur Erleichterung des Aufschwungs der Völker müsse ein internationales Zusammenarbeiten organisiert werden.

Vom Parteitag der tschechischen Linkssozialisten.

Prag, 30. September. Nach Blättermeldungen haben sich noch vor Schluß des Parteitages der Linkssozialisten 72 Delegierte die erkannt haben, daß es sich um einen kommunistischen Kongreß handle, entschlossen, an den weiteren Beratungen und an der Abstimmung nicht teilzunehmen.

Eine Probeabstimmung über den Anschluß an Deutschland.

Wien, 30. September. Wie die „Neue Freie Presse" erfährt, entspricht die Meldung der Baseler Preßinformation, die Entente habe beim österreichischen Außenamt Einspruch gegen eine Zulassung der angekündigten Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland erhoben, nicht den Tatsachen.

Aus Irland.

Amsterdam, 30. Sept. „Algemeen Handelsblad" meldet aus London: In Belfast hat die Beerdigung von drei Sinnfeinern die bei den letzten Zusammenstößen getötet wurden, zu neuen Unruhen geführt. Das zu Hilfe gerufene Militär wurde auf den Straßen beschossen; es beantwortete das Feuer. Zwei Personen wurden getötet und vier verwundet.

Das Reutersche Büro meldet, daß in der Nähe von Templemore eine Polizeipatrouille überfallen wurde. Ein Polizist wurde getötet, ein anderer verwundet, einer wird vermißt.

In der Grafschaft Tipperary wurde ein Offizier, der eine Patrouille befehligte, und in der Grafschaft Cork ein Sergeant schwer verwundet, ein anderer Sergeant wurde in einem Kraftwagen entführt.

Sozialisierung in Australien.

Rotterdam, 30. September. Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant" wird aus Sidney gemeldet, daß die australische Regierung einen Gesetzentwurf einbringen wird, wonach kein Grundbesitzer Grundbesitz haben darf, der den Wert von 20 000 Pfund Sterling übersteigt. Das gesamte, durch Enteignung freiwerdende Land, soll unter günstigen Bedingungen ehemaligen Kriegsteilnehmern zur Kolonisierung überwiesen werden.

Verantwortlich: Für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; für „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lanzke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil K. Garbe; für die Inserate Wilhelm Herzig, sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. b. m. H. zu Halle. Gr. Ulrichstr. 27.

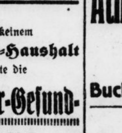
Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Sonnabend, den 2. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 51 001 bis 51 500 vormittags von 8 bis 1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1 Mk. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von Gerstenmehl an Kinder bis zu zwölf Jahren, Jugendliche von 1 bis 17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre, ferner von Reis- Milchsüßspeise, Milchpulver, Bratfett und Roß-Rot- und Leberwurst an alle Haushalte in der Talamtschule am Sonnabend, den 2. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 48 001 bis 53 000 vormittags von 8 bis 1 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre 1 Paket Gerstenmehl zum Preise von 1,10 Mk., ferner an jede Person aller Haushalte ½ Pfund Reis zum Preise von 2,50 Mk. für das halbe Pfund, 2 Pakete Milchsüßspeise zum Preise von 1,10 Mk. für 2 Pakete, 100 Gramm Milchpulver zum Preise von 1,60 Mk., ½ Pfund Bratfett zum Preise von 6 Mk. für das halbe Pfund und eine ½-Kilodose Roß-Rot- oder Leberwurst zum Preise von 5 Mk. abgegeben werden.

Freibank-Verkauf. Zum Freibank-Verkauf am 2. Oktober werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: Um 8 Uhr 3201—3300.



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol 100000 fach bewährt — Preis M. [illegible] —
In Apotheken u. Drogerien erhältlich
Drogerie Kreyer, Lindenstr. 55, Drogerie Krütgen Nachf., Königstr. 24, Drogerie Schulze, Bernburgerstr. 32.

Küchen mit bunter Verglasung in allen Farben 6 teilig für **Mk. 985** gegen leichte Zahlungsbedingungen auf **Teilzahlung**
Große Auswahl in Schlafzimmern, Speisezimmern, Einzelne Möbel. Plüschsofas, Schränke, Vertikos, Betten, Matratzen etc.
Eichmann & Co. Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 51, Eingang Schulstraße.

Weißenfels

Verkauf von Haferflocken.

Die in den Kleinhandelsgeschäften noch lagernden Bestände an Haferflocken können markenfrei abgegeben werden. Der Preis für die Haferflocken beträgt pro Pfund 1.90 Mark.

Weißenfels, den 1. Oktober 1920.
Der Magistrat.

Fleischabgabe.

In der Woche vom 27. September bis 3. Oktober 1920 kommen in nachstehenden Geschäften auf die Fleischmarke Nr. 5 zur Verteilung:

100 Gramm amerikanischer Speck zum Preise von M. 2,40.

Ferner bei den Fleischermeistern **Dose**, Naumburgerstraße, **Irmisch**, Leipzigerstraße, **Petri**, Friedrichsplatz, **Hecht**, Tagewerbenerstraße, **Bergmann**, Nikolaistr., **Huth**, Beuditzstraße, **Werner**, Schloßgasse, **Zweig**, Gr. Burgstraße, **Schirmer**, Beuditzstraße

100 Gramm Schweinefleisch zum Preise von Mk. 2.80.

Das Schweinefleisch kann jedoch nur an die in obigen Geschäften eingetragenen Kunden in kleinen Mengen abgegeben werden.

Auf Kinderkarten ist die Hälfte zu verabfolgen. Es haben nur Fleischkarten Nr. 5 Gültigkeit.

Weißenfels, den 30. September 1920.
Der Magistrat.

Stellen finden.

Ein selbständiger Schwachstrommonteur für elektrische Uhren, ein älterer, tüchtiger **Bauschlosser, ältere Maschinenschlosser, ältere Klempner und Installateure** werden gesucht.
Städt. Arbeitsamt, Fachabteilung f. d. Metallgewerbe **Großer Berlin 14.**

Tüchtige **Elektromonteure** für Installation u. Freileitung zum sofortigen Eintritt gesucht. Meldungen bei der **Grube Elise II, Mücheln b. Merseburg.**

Ein Riesengeschäft erzielen Sie bei Verkauf meines Tagesartikels. 10 Warenmuster gegen 2 Mk. in Briefm. Großvers. **Holzschuh**, Nußloch, Baden. z

Kaufgesuche

Neue und gebrauchte, weiße und bunte Bettbezüge, Hemden, Handtücher, Schürzen usw. kauft zu hohen Preisen Frau Hornickel, Gr. Klausstr. 19. Ecke Domstr. Fernruf 4314.

Geldverkehr

Wertpapiere kauft, verkauft und nimmt in Verwaltung **G. H. Fischer,** Bankgeschäft, Alte Prom. 26.

Vermischtes

Schlafzimmer und Küchen Wohn-, Herren- u. Speisezimm. auch einzelne Möbel empfiehlt **H. Bergmann** Inh.: A. Ebeling Möbelfabrik u. Magazin, Halle (S.), Fleischerstr. 30/31

In keinem **Arbeiter-Haushalt** sollte die **Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek** von Dr. med. Zadeck fehlen. **Preis 1.45 Mk.** Buchhandlung **Volksstimme** Gr. Ulrichstraße 27.

Achtung! Steuerabzug!
Datumsstempel zum Entwerten von Steuermarken, Invalidenmarken usw. sowie auch alle anderen Stempel liefert prompt und preiswert die **Buchhandlung der Volksstimme.**

Für Kommunalpolitiker je 1 Band **Soziale Praxis** 1895/96 und 1896/97 jeder Band 10.— Mk., ebenso **Kommunale Praxis** 1913 und 1914 jeder Band 12.— Mk., gebunden und gut erhalten abzugeben. **Buchhandlg. d. „Volksstimme"** Gr. Ulrichstr. 27.

Aus fremden Zungen
Prächtige Erzählungen Romane usw. des Auslandes. Jahrgang 1901, 1902 u. 1903 in prachtvollen Halbjahrsbänd. à 17.50 Mk. Jahrgang 1904 in 5 Teilbänd. à 7,50 Mk. Jahrgang 1906 in einem Band gebunden für 25.— Mk. empfiehlt als nie wiederkehrendes **Gelegenheitsangebot.**
Buchhandlung der Volksstimme, Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751920100 1-18/fragment/page=0006